



RECHENSCHAFTSBERICHT des Vorstands 2007 – 2008

Bericht für die Zeit
von der Mitgliederversammlung am 22. September 2007
bis zum September 2008

Vorschau auf 2009

Finanzbericht 1.1. – 31.12.2007

von Klaus Milke
(Vorstandsvorsitzender)

Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 60492 -0 Fax: +49 (0) 228 60492-19

Büro Berlin: Voßstr. 1, D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 2888 356-0 Fax: +49 (0) 30 2888 356-1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org

Spendenkonto 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen	3
B	Die Basis unserer Arbeit	4
C	Unsere Arbeitsfelder	7
I	Klima	7
II	Welthandel.....	14
III	Unternehmen und Finanzsektor.....	18
IV	Entwicklungspolitik.....	22
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen.....	23
E	Finanzbericht für das Kalenderjahr 2007.....	24
F	Ausblick auf 2009	30

A Politische Rahmenbedingungen

Wir sind nach dem Klimajahr 2007 in den Mühlen der Ebene angekommen. Angesichts der vielen Gipfelerklärungen zur Notwendigkeit von entschiedenem Klimaschutz hatte ja manch einer den Eindruck, die Politik bewege sich endlich ernsthaft. Beim Umsetzen der als wichtig erkannten Ziele auf nationaler und europäischer Ebene ist – nicht unerwartet – Sand ins Getriebe geraten. Die Politik reagiert zunehmend auf den Lobbydruck von (emissionsintensiven) Teilen der Industrie und zögert aus Angst vor dem Wähler. Dabei stehen in diesen Wochen die entscheidenden Beratungen für das EU-Klima- und Energiepaket an. Wird die EU mit stolzer Brust oder mit leeren Taschen zum Klimagipfel nach Poznan reisen? Wird es gelingen, das Klimathema offensiv bei den anstehenden Wahlen (Bundestagswahlen und Wahlen zum EU-Parlament) auf den Tisch zu bringen? Oder vermittelt der Wahlkampf in Bayern mit seinem Druck in Richtung Pendlerpauschale nur einen Vorgeschmack auf eine klimapolitische Defensive?

„Hinsehen – Analysieren – Einmischen“ – unter diesem Motto halten wir dagegen und möchten dies – mit Unterstützung unserer Mitglieder und Förderer – gerne intensivieren. Zum Beispiel durch unsere Klimaschutz-Lobbyarbeit und unsere Zusammenarbeit in den verschiedenen Bündnissen und Netzwerken. Einmal beim Climate Action Network (CAN) auf internationaler Ebene, wo gleich einige vom Germanwatch-Team in der politischen Koordination mitarbeiten. Da sind wir sehr gefordert, aber auch mittlerweile noch besser aufgestellt. So haben wir ab September mit Qian Cheng eine chinesische Mitarbeiterin, die für uns die Verhandlungen zwischen der EU und China beobachten sowie den Kontakt mit der chinesischen Delegation intensivieren wird. Zum anderen müssen wir alle noch aktiver die Möglichkeiten der deutschen Klima-Allianz nutzen und bei den vorgeschlagenen Aktionen mitmachen. Unser Mitarbeiter Sven Harmeling wirkt hier im Arbeitsausschuss mit. Die Anti-Kohle-Demos am 13. September waren da ein wichtiges Datum.

Das im Verlagsprogramm „100 Jahre Rowohlt“ erschienene Germanwatch-Buch „Die Welt am Scheideweg: Wie retten wir das Klima“ will angesichts der vor uns liegenden wichtigen Klima-Entscheidungen auf UN-, EU- und deutscher Ebene ein Kompass und eine Orientierung sein. Was muss, was können Politik, Wirtschaft, Technologie und die Einzelnen in der Gesellschaft tun? Nicht jeder kann alles tun. Aber wir müssen jetzt anfangen, sonst werden wir das knappe Zeitfenster verpassen, das uns noch bleibt, um den Klimawandel deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. „Countdown to Poz'n'Hagen“ – so sagen die BUNDJugend und die Young Friends of the Earth Europe ganz treffend.

Aber auch andere Probleme wie die globale Nahrungsmittelkrise oder die enormen Preisanstiege bei Öl und Gas bestimmen die politischen Debatten. Es wird immer deutlicher, wie sehr die bislang getrennten Debatten um Klima-, Energie- und Ernährungssicherheit zusammenwachsen. Nach dem erneuten Kollaps der Doha-Runde ist die große Frage, wie ein Neuanfang der WTO-Verhandlungen aussehen könnte, der sich gerade auch an diesem Problembündel orientiert.

In der Wirtschaft halten sich negative Schlagzeilen und Hoffnungen auf Übernahme von mehr Verantwortung leider nicht die Waage. Die Kombination von intelligenter verbindlicher Rahmensetzung und innovativen Vorreiterallianzen ist hier gefragt.

Auch der diesjährige G8-Prozess hat deutlich gemacht, wie sehr inzwischen die für Germanwatch relevanten Debatten um Millenniums-Entwicklungs-Ziele, Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit, Klimawandel, WTO, Verantwortung von Unternehmen (CSR) und Finanzmarkt und um den Umbau des Energie- und Verkehrssystems miteinander verzahnt sind. Es bedarf in den Jahren 2008 und 2009 eines enormen politischen Aufbruchs, wenn die Probleme Ernährungs- und Klimasicherheit ernsthaft angepackt werden sollen. Derzeit klappt die Zeitschere immer stärker auseinander: schnell wachsen die Probleme, langsam reagiert die Politik. Offensichtlich wurde dies nicht zuletzt bei der Debatte um den Fortschrittsbericht 2008 zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung im Mai/Juni dieses Jahres, an der wir uns aktiv beteiligten.

B Die Basis unserer Arbeit

Germanwatch konnte sich auch in den vergangenen zwölf Monaten auf vielen Ebenen erfolgreich und effizient einmischen. Dies wurde beispielsweise beim Klimagipfel in Bali, bei der Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel, aber auch bei der Umsetzung der verschiedensten Projekte besonders sichtbar.

Mit Fachdialogen, strategischem Lobbying, in der Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit haben wir an der Verfolgung unserer Ziele gearbeitet und hierbei einen deutlichen Beitrag geleistet, um zu unterstreichen, dass die Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu einer in der internationalen Politik nicht mehr wegzudenkenden Kraft, ja höchst zuverlässigen und kompetenten Säule geworden sind.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben hier viel geleistet. Und der Germanwatch-Vorstand weiß es dankbar zu schätzen, wie sie sich einsetzen. Unter Leitung des bewährten Tandems, des Administrativen Geschäftsführers Gerold Kier und des Politischen Geschäftsführers Christoph Bals – im Finanzmanagement unterstützt von Inka van Bergen sowie in Projektassistenz und Sekretariat von Ljiljana Djuric und Andrea Taubert – konnten einige strukturelle Weiterentwicklungen erreicht werden.

Die Anzahl der Mitglieder von Germanwatch stieg im Verlauf der letzten beiden Jahre immerhin um insgesamt etwa 15 % (siehe Übersichtstabelle). Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt derzeit 542, darunter 341 stimmberechtigte Mitglieder, 197 Fördermitglieder und 4 Ehrenmitglieder. Darüber hinaus unterstützen zahlreiche Menschen Germanwatch durch Spenden, Zustiftungen an die Stiftung Zukunftsfähigkeit und durch aktive Mitarbeit. Einige Mitglieder entfalten in unseren Regionalgruppen Aktivitäten vor Ort – im Berichtszeitraum vor allem in Hamburg und München.

Mitgliederentwicklung seit 2003

2003	2004	2005	2006	2007	2008
440	447	457	478	526	542

Zentrum der kontinuierlichen Einmischungs-Arbeit von Germanwatch sind der seit den Neuwahlen am 22.9.07 neuköpfige, ehrenamtliche Vorstand sowie die MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin (siehe Kasten auf der nächsten Seite).

Die Mitglieder des Vorstands tagen im Abstand von rund zwei Monaten und bringen sich auch darüber hinaus in ihrem jeweiligen Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit von Germanwatch ein, soweit es ihre jeweiligen zeitlichen Ressourcen zulassen. Zum Germanwatch-Team zählen neben hauptamtlichen und Honorarkräften auch viele PraktikantInnen und weitere ehrenamtliche Kräfte.

Im Berichtszeitraum sind neu zum Mitarbeiterkreis hinzugekommen:

- Gisela Bhatti verstärkt seit 1.5.08 unser Team an zwei Tagen pro Woche im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Mitglieder- und Spenderservice.
- Rixa Schwarz arbeitet seit 1.4.08 als Referentin für Klima und Sicherheit, seit 1.6.08 unterstützt von Boris Schinke.
- Qian Cheng arbeitet seit 1.8.08 zum Thema China & Klima

In gemeinsamen Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden (so zuletzt im September 2007, im Februar 2008 und im September 2008) fanden und finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung statt. Politisch-inhaltliche Strategieüberlegungen standen hier im Vordergrund.

Die Website www.germanwatch.org etabliert sich immer stärker als eines der zentralen Fenster von Germanwatch zur Außenwelt. Auf ihr sind praktisch alle Publikationen von Germanwatch abrufbar und sie erfreut sich nach wie vor stark ansteigender Nutzerzahlen (siehe Grafik). Rund 680.000 Besuche und 3,6 Mio. HTML-Seitenzugriffe (ohne PDF-Downloads) waren im Jahr 2007 zu verzeichnen. (siehe Grafik). Die Website ist damit – zusammen mit der Germanwatch-Zeitung (s.u.) – das Leitmedium für den Kontakt von Germanwatch zu einer breiten Öffentlichkeit.

Germanwatch-Vorstand

Durch die Mitgliederversammlung am 22.9.07 auf die Dauer von zwei Jahren gewählt

- Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender
- Kristina Steenbock, Stellvertretende Vorsitzende
- Denis Montuelle, Schatzmeister

Weitere Mitglieder des Vorstands:

- Dörte Bernhardt
- Anja Köhne
- Tilman Santarius
- Nicole Sasse
- Dr. Hendrik Vygen
- Michael Windfuhr

MitarbeiterInnen der Germanwatch-Büros

Büro Bonn

Tel. : +49 (0)228 / 60 492-0

Christoph Bals

Politischer Geschäftsführer
Tel. -17 / bals@germanwatch.org

Gisela Bhatti (ab 5/08)

Öffentlichkeitsarbeit, Mitglieder- und Spenderservice
Tel.: -23/ bhatti@germanwatch.org

Miriam Brenck

Administrative Projektkoordination, Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor
Tel. -11 / brenck@germanwatch.org

Jan Burck

Referent Klimaschutz-Index
Tel. -21 / burck@germanwatch.org

Anika Busch

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. -23 / busch@germanwatch.org

Qian Cheng

Klima und China

Kristin Gerber

Projektleiterin, Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor
Tel. -11 / gerber@germanwatch.org

Sven Harmeling

Referent für Klima und Entwicklung
NRW-Koordinator für Klima & Entwicklung
Tel. -22 / harmeling@germanwatch.org

Dr. Gerold Kier

Administrativer Geschäftsführer
Tel. -12 / kier@germanwatch.org

Kerstin Lanje

Referentin für Welthandel und Ernährung
Tel. -15 / lanje@germanwatch.org

Dr. Ludger Reuke

Referent für Entwicklungspolitik
Tel. -13 / reuke@germanwatch.org

Stefan Rostock

Referent Informations- und Bildungsarbeit für Klima und Entwicklung
Tel. -26 / rostock@germanwatch.org

Boris Schinke

Kipp-Punkte des Klimasystems
Tel. -25 / schinke@germanwatch.org

Rixa Schwarz (ab 4/08)

Referentin für Klima und Sicherheit
Tel. -25 / schwarz@germanwatch.org

Andrea Taubert

Sekretariat
Tel. -16 / taubert@germanwatch.org

Dr. Manfred Treber

Klima- und Verkehrsreferent
Tel. -14 / treber@germanwatch.org

Inka van Bergen

Finanzreferentin
Tel. -18 / vanbergen@germanwatch.org

Büro Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 28 88 356 -0

Ljiljana Djuric

Sekretariat
Tel. -0 / djuric@germanwatch.org

Cornelia Heydenreich

Referentin für Unternehmensverantwortung
Tel.: -4 / heydenreich@germanwatch.org

Tobias Reichert

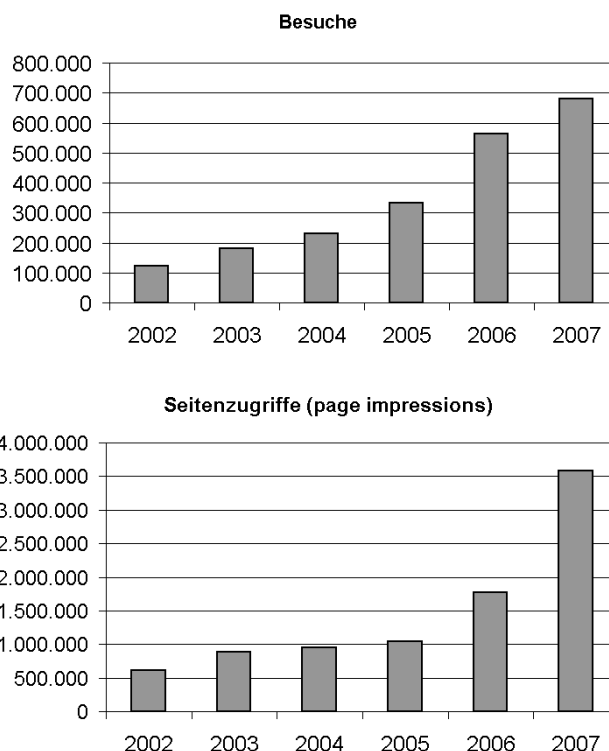
Referent Welthandel und Ernährung
Tel.: -3 / reichert@germanwatch.org

PraktikantInnen, weitere ehrenamtliche Unterstützer und Honorarkräfte

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Hannah Bent, Daniel Bernhardt, Elena Brandes, Claus Breuer, Ina Marie Breuer, Valentin Domann, Patrick Eisenhauer, Kathrin Eßwein, Leonardo Freitas, Nico Gappa, Martin Goeke, Ursula Heigl, Mirjam Kid, Monika Kosinska, Judith Krane, Daniel Kühnhenrich, Stefan Reiche, Till Rockenbauch, Sophia Rohde, Lisa Rohrdantz, Lisa Rühllein, Marcel Siebertz, Thomas Spencer, Hannah Vermaßen, Bettina Volz, Felix Weber, Laslo Wendt.

Als ehrenamtliche Unterstützer und Honorarkräfte wirkten u.a. mit: Sandra Albers, Marisa Beck, Dr. Ulrich Denkhaus, Dagmar Friedrichs, Karina Hennig, Sean Heron, Axel Hesse, Stefanie Holz, Heidrun Müller, Klemens van de Sand, Dr. Roda Verheyen, Marion Vieweg.

Ein wichtiger Grund für die hohen Besucherzahlen ist die gute Indizierung in Suchmaschinen, so dass viele Begriffe aus den Germanwatch-Themenbereichen auf der ersten Trefferseite zu finden sind.¹ Besonders erfreulich ist der Anstieg der durchschnittlichen Seitenzugriffe pro Besuch von 3,1 in den Jahren 2005 und 2006 auf 5,3 im Jahr 2007.² Demnach bleiben die Nutzer inzwischen deutlich länger auf der Germanwatch-Website und sehen sich bei einem Besuch im Durchschnitt mehr Seiten an, als dies früher der Fall war, was vermutlich auf die verbesserte Navigation nach dem Relaunch der Website im Spätsommer 2006 zurückzuführen ist.



Darüber hinaus wurden Öffentlichkeit, Entscheidungsträger, Multiplikatoren wie v.a. Journalisten und natürlich die Mitglieder und Förderer von Germanwatch auch weiterhin aktiv und direkt mit aktuellen Informationen versorgt:

- Die Germanwatch-Zeitung erschien – unter Federführung von Vorstandsmitglied Dörte Bernhardt und unserer Pressereferentin Anika Busch – in den letzten 12 Monaten fünfmal in einer Auflage von jeweils rund 100.000 Exemplaren.
- In Pressemitteilungen informierte Germanwatch regelmäßig Medienvertreter.
- Über 4100 AbonnentInnen – überwiegend Entscheidungsträger und Multiplikatoren – erhalten den kostenlosen Informationsdienst KlimaKompakt per E-Mail.
- Als besonderer Service v.a. für Mitglieder und Förderer erscheint neben dem gedruckten Mitgliederrundbrief der E-Mail-Service „Germanwatch-Kurznachrichten“.

Germanwatch will seine Anstrengungen für intensivere Öffentlichkeitsarbeit und das Gewinnen zusätzlicher Mitglieder und Spender weiter ausbauen. Besonders bemühen wir uns auch um weitere Zustiftungen für die Stiftung Zukunftsfähigkeit, die ein überaus wichtiger Unterstützer und Verstärker unserer Arbeit ist.

Allen, die unsere Arbeit finanziell unterstützen, sowie dem gesamten Germanwatch-Team aus hauptamtlichen, ehrenamtlichen und Honorarkräften einschließlich des Vorstands, Kuratoriums und des Beirats der Stiftung Zukunftsfähigkeit möchte der Germanwatch-Vorstand an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz danken. Es macht Freude zu sehen, wie sehr wir uns gegenseitig in unserem Engagement bestärken.

¹ Ein Test am 6.9.08 ergab u.a. für folgende Begriffe und Begriffskombinationen einen ersten oder zweiten Platz in der Ergebnisliste von Google: Klimagipfel, Unternehmensverantwortung, WTO-Verhandlungen, Doharunde, Ernährungssicherheit, Exportsubventionen, Klimabildung, Klima Bildung, Klima Verkehr, Finanzsektor Nachhaltigkeit, Verbraucherschutz Finanzsektor, Klima Entwicklung, Klima Recht; unter den Treffern 3-10 (also ebenfalls auf der ersten Ergebnisseite) waren u.a.: Klimapolitik, Klimawissenschaft, Emissionshandel, CCS, CO2 Abscheidung, Finanzsektor, EU-Agrarpolitik, Entwicklungsfinanzierung, Klima Sicherheit, Doha Runde, Weltentwicklungsbericht

² Der Anstieg ist sogar größer als die Zahlen suggerieren, da beim Relaunch der Seite im Spätsommer 2006 die Anzahl der Frame-Elemente von 4 auf 2 reduziert wurde. Dies gilt nicht nur für die Seitenzugriffe pro Besuch, sondern auch für die in der Grafik dargestellte Entwicklung der Gesamtzahl der Seitenzugriffe.

C Unsere Arbeitsfelder

Die Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich in vier große Arbeitsfelder, die zum Teil quer zueinander verbunden sind: Klima, Welthandel, Verantwortung der Unternehmen und des Finanzsektors, Entwicklungspolitik. Dabei haben wir übergreifend eine globale und nachhaltige Strukturpolitik im Blick. Der Nord-Süd-Entwicklungs- ebenso wie der Nachhaltigkeitsbezug nimmt folglich in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

I Klima Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

1 Klimapolitik

Internationale Klimapolitik

EU-Klimapolitik

Nationale Klimapolitik

2 Klima & Sicherheit

3 Klima & Entwicklung

4 Klimawissenschaft & Indizes

5 Klima & Energie

Emissionshandel

Erneuerbare Energien

CCS (CO₂-Abscheidung und -Lagerung)

6 Klima & Verkehr

7 Klima & Recht

8 Klimaexpedition – Klima & Bildung

1 Klimapolitik

Auf dem Klimagipfel in Bali endete das an Höhepunkten reiche Klimajahr 2007 mit einem letzten Paukenschlag. In einer dramatischen Abschlussitzung³ gelang es, einen Verhandlungsprozess für ein weitreichendes Klima-Abkommen für die Zeit nach der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls (Post 2012) zu starten. Allerdings ist auch nach den drei bisherigen Verhandlungsrunden im Jahr 2008 (Bangkok/Thailand; Bonn; Accra/Ghana) unklar, ob diese Verhandlungen die notwendige Größenordnung der Reduktionsziele, der Finanzströme sowie der Technologiekooperation ins Auge fassen. Bei all diesen Verhandlungen war das Germanwatch-Team mit mehreren Akteuren aus Vorstand und Geschäftsstelle äußerst aktiv. Mit finanzieller Unterstützung der internationalen Abteilung des Bundesumweltministeriums (BMU) haben wir vor und nach dem Bali-Gipfel jeweils ein viel nachgefragtes Hintergrundpapier veröffentlicht. In Kooperation mit der Böll-Stiftung konnte eine aktualisierte und erweiterte Fassung des Papiers⁴ in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht werden – derzeit wird eine Übersetzung ins Polnische vorbereitet. Das Hintergrundpapier war auch eine Grundlage für die Klima-Weiterbildung aller internationaler Büros der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die Germanwatch-Aktivitäten bei den Klimaverhandlungen beziehen sich zum einen auf die Positionsbildung im weltweiten Climate Action Network (CAN). Schwerpunkte der Debatten sind dabei die Spannung zwischen weitreichenden Reduktions- und Entwicklungszielen („Equity“), die Rolle des Marktes bei der Verursachung und Lösung des Problems sowie die Art des Einbezugs des Wälder-

³ siehe Video-Dokumentation unter www.germanwatch.org/klima/c13vid.htm

⁴ Bali, Poznan, Kopenhagen – Dreisprung zu einer neuen Qualität der Klimapolitik?
www.germanwatch.org/klima/bapoco.htm

schutzes in ein internationales Klimaabkommen. Insbesondere in der Debatte um die Anpassung an die Folgen des Klimawandels hat sich Germanwatch – in diesem Kontext v.a. vertreten durch Sven Harmeling und Christoph Bals – als ein zentraler Akteur etabliert.

Germanwatch hat außerdem eine wichtige Rolle bei der Information der beobachtenden deutschen Journalisten übernommen – durch Briefing-Papiere, regelmäßige Informationsgespräche und Interviews. Insbesondere mit den Delegationen von Deutschland, der EU, Chinas, Südafrikas und jüngst Nigerias konnte eine regelmäßige Kooperation bei der Positionsfindung aufgebaut werden. Germanwatch ist zunehmend als Berater für viele Delegierte gefragt. Derzeit bereitet sich das Klimateam intensiv auf den UN-Klimagipfel in Poznan / Posen (Polen) im Dezember 2008 vor.

Eindeutig ist bereits jetzt: ohne eine starke Führungsrolle der EU wird das angepeilte UN-Abkommen in Kopenhagen (Dezember 2009) nicht mit der notwendigen Ambition verabschiedet. Die EU kann diese Rolle aber nur übernehmen, wenn sie vor Poznan das notwendige Energie- und Klimapaket mit dem angekündigten Gesetzespaket verabschiedet, ohne die zentralen Ziele und Instrumente weichzuspülen. Derzeit versuchen viele Lobbyisten, Regierungen und Abgeordnete – in Deutschland sind hier vor allem das Wirtschaftsministerium und EU-Abgeordnete aktiv -, diesem Paket die klimapolitischen Zähne zu ziehen. Germanwatch versucht hier – in enger Abstimmung mit dem Climate Action Network Europe, der deutschen Klima-Allianz und anderen Akteuren – gegenzusteuern.

2 Klima & Sicherheit

Seit Ende 2006 vollzieht sich international ein struktureller Wandel. Das Klimathema wird von einem „weichen“ zunehmend zu einem „harten“ Thema aufgewertet. Die Risiken des Klimawandels werden als so groß wahrgenommen, dass ihre Bedeutung im Sinne der „Human Security“, zum Teil auch als Bedrohung der militärischen Sicherheit, nicht mehr zu übersehen ist.

Zugleich kann in diesem Zusammenhang das Klimathema immer weniger alleine, sondern nur noch in enger Verschränkung mit den Themen Energiesicherheit und Ernährungssicherheit diskutiert werden. Gerade nach dem Konflikt zwischen Russland und Georgien droht das Thema Energiesicherheit das Thema Klimasicherheit in den Hintergrund zu drängen.

Einige der relevanten Fragen sind: Wird es gelingen – basierend auf Erneuerbaren Energieträgern, einer massiven Energieeffizienz-Strategie, Kraft-Wärme-Kopplung und Kohle mit CO₂-Abscheidung und -Lagerung (CCS) – eine Strategie zu finden, die sowohl der Energie- als auch der Klimasicherheit dient?

In diesem Sinne kooperiert Germanwatch derzeit mit dem European Climate Forum und dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), um auf dem Weg zu 100 Prozent Erneuerbaren in Europa das SuperSmart Grid – eine Kombination aus dezentraler und großflächiger Versorgung mit Erneuerbaren Energieträgern – aufzubauen. Außerdem organisieren wir – in enger Absprache mit dem WWF – Diskussionsrunden zwischen NRO, um die Chancen und Risiken von CCS zu diskutieren.

Beim Thema Agrarsprit ist hingegen der Konflikt zwischen Energie- und Ernährungssicherheit ins Zentrum der Debatte geraten. Wenn auch erst zwei Prozent der landwirtschaftlichen Fläche für Agrarsprit genutzt werden, so hat der schnelle Trend in Zeiten schnell wachsender Nachfrage und stagnierender Produktion doch eine erhebliche Rolle für die steigenden Weltmarktpreise gespielt. Dies hat regional sehr unterschiedliche Konsequenzen, aber insbesondere in importabhängigen Entwicklungsländern hat es die Ernährungssituation stark verschärft. Im Germanwatch-Team arbeiten wir an diesem Thema aus Handels-, Entwicklungs-, Klima-, Ernährungs- und Energieperspektive.

Das von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderte Projekt „Zivile Krisenprävention, Umwelt und Ressourcen“ (KRIUM) ging im Berichtszeitraum in die 2. Runde. Neben der ehrenamtlichen Tätigkeit von Anja Köhne im Vorstand koordiniert nun Rixa Schwarz als Mitarbeiterin diesen Bereich. Boris Schinke, dessen Expertise bei den Kipp-Punkten des Klimasystems, insbesondere des indischen Monsuns, liegt, wirkt hier unterstützend mit. Am 31. Mai 2008 fand in diesem Zusammenhang auch schon ein Workshop zur Bedeutung einer EU-Vorreiterrolle für die Energie- und Klimapolitik statt.

3 Klima & Entwicklung

Im Rahmen des Arbeitsbereichs „Klima und Entwicklung“ setzte sich Germanwatch v.a. über drei Projekte sehr unmittelbar für die Belange der vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen in den Ländern des Südens ein. Germanwatch führt seit Mitte 2006 – im Anschluss an die Klima-Ausbade-Kampagne – ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördertes Bildungsprojekt zu Klimawandel und Armutsbekämpfung durch. Wichtige Ereignisse im vergangenen Jahr waren hier die Vorstellung des Germanwatch Klima-Risiko-Index sowie des Klimaschutz-Index (siehe unten) bei der UN-Klimakonferenz in Bali, die in der deutschen wie in der internationalen Presse für eine große Resonanz sorgten. Gemeinsam mit der britischen Organisation Practical Action und dem Climate Action Network Europe führte Germanwatch in einem von der EU bezuschussten Projekt beispielsweise einen gut besuchten parlamentarischen Abend zur notwendigen Klima- und Anpassungspolitik kurz vor dem Klimagipfel in Bali durch. Regelmäßig erscheinen Ausgaben unseres Newsletters KlimaKompakt auch mit Schwerpunkten auf entwicklungsrelevante Themen. Ein wichtiger Teil der von Germanwatch-Referent Sven Harmeling koordinierten Arbeit ist zudem die Erarbeitung inhaltlicher Impulse in die Anpassungsdebatte im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen geworden, die insbesondere für die Rolle der verletzlichsten Entwicklungsländer im Klimaregime zentral ist. Unter anderem bei den UN-Konferenzen in Bali, Bangkok, Bonn und Accra lieferte Germanwatch in der Anpassungsarbeitsgruppe des Climate Action Network International wichtige Impulse, in enger Zusammenarbeit mit dem WWF International. Die hierzu erstellten Hintergrundpapiere haben bei den UN-Verhandlungen große Sichtbarkeit und Wirksamkeit entfaltet. Als sehr wirkungsvoll hat sich auch die Kooperation mit der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) entwickelt, um detaillierte Vorschläge zu entwickeln, wie ein vom Norden mitfinanziertes Absicherungssystem der besonders verletzlichen Zielgruppen in Entwicklungsländern gegenüber der wachsenden Zahl von extremen Wetterereignissen aussehen kann. Der politische Geschäftsführer von Germanwatch, Christoph Bals, ist zur Zeit stellvertretender Vorsitzender der MCII. Zu diesem Bereich gehört auch: Den Aufbau einer „Mentorenschaft“ für mehrere zivilgesellschaftliche Vertreter aus Afrika für die anstehenden Klimaverhandlungen wollen wir in den nächsten Monaten fortsetzen.

Das gemeinsame Studienprojekt mit Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe zu den Folgen des Klimawandels für die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern wurde in 2008 fortgeführt und steht kurz vor dem Abschluss. Eine umfangreiche Studie, die auch dem Ziel dienen soll, die „Ernährungssicherheits-Szene“ und die „Klima-Szene“ stärker zusammenzuführen sowie Vorschläge für einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der Anpassungsdebatte aufzuzeigen, wird in den nächsten Wochen der Öffentlichkeit vorgestellt und soll auch auf der UN-Klimakonferenz in Posen diskutiert werden. Über das Jahr hinweg haben Germanwatch und Brot für die Welt – gemeinsam mit Partnern aus Afrika, Asien und Lateinamerika – intensiv an diesem Werk gearbeitet.

Germanwatch füllt zum Thema Klima und Entwicklung auch eine von ca. 10 Fachstellen in NRW aus. Das Koordinatorenprogramm Entwicklungspolitische Bildungsarbeit (KEB) ist als breitenwirksames, von der Landesregierung finanziertes, entwicklungspolitisches Bildungsprogramm in NRW nunmehr konsolidiert. Die kontinuierliche Informationsarbeit zu Klima und Entwicklung durch Germanwatch hat dazu beigetragen, dass der Klimawandel auch in NRW als Entwicklungsthema deutlich an Bedeutung gewonnen hat, sowohl innerhalb der Landesregierung als auch in der Zivilgesellschaft. Gemeinsam mit einzelnen Koordinatoren und in Kooperation mit Inwent wurden verschiedene öffentliche Veranstaltungen zum Thema Klimawandel durchgeführt.

4 Klimawissenschaft & Indizes

Bei unserer Informationsarbeit zum Thema Klimawissenschaft geht es uns insbesondere darum, Ergebnisse der IPCC-Berichte sowie interessante, nach deren Erscheinen erfolgte Weiterentwicklungen für die Öffentlichkeit aufzubereiten und ihren Entwicklungsbezug aufzuzeigen. Gefördert werden diese von Dr. Manfred Treber koordinierten Aktivitäten vor allem durch das Umweltbundesamt / Bundesumweltministerium sowie den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED).

Darüber hinaus war Manfred Treber für Germanwatch als Expert Reviewer für den IPCC-Synthesebericht aktiv, der im November auf der 27. IPCC-Plenarsitzung in Valencia abgenommen

wurde. Germanwatch kommentierte die bemerkenswerten Ergebnisse zum Meeresspiegelanstieg in einer Pressemitteilung.⁵ Die Germanwatch-Inputs für die in Entwicklung befindlichen neuen IPCC-Szenarien sind in der Stellungnahme der Bundesregierung wiederzufinden. Auch die weiteren Plenarsitzungen wurden von uns beobachtet und die Öffentlichkeit darüber informiert. Die Informationsarbeit wurde auf verschiedenen Ebenen durchgeführt, u.a. mit Hintergrundpapieren, Zeitschriftenbeiträgen, der Germanwatch-Zeitung und zahlreichen öffentlichen Fachvorträgen und Diskussionsveranstaltungen.

Germanwatch Klima-Risiko-Index 2008

Das Gesamtergebnis des im indonesischen Bali vorgestellten und von Sven Harmeling erarbeiteten Klima-Risiko-Index 2008 zeigte wie in den vergangenen Jahren, dass insbesondere Entwicklungsländer besonders stark von den negativen Auswirkungen von Wetterextremen betroffen sind. Dass allerdings ausgerechnet im Jahr 2007, wo die UN-Klimakonferenz in Südostasien stattfand, vor allem asiatische Länder unter den 10 am meisten betroffenen Ländern zu finden waren, erhöhte natürlich das Interesse der Medien: Die Philippinen auf Rang 1, Nordkorea auf Rang 2, Indonesien auf Rang 3 und Vietnam auf Rang 4. In der Bali Post sowie in der Jakarta Post wurde auf Seite 1 über die Ergebnisse des Germanwatch Klima-Risiko-Index berichtet. Der Index ermittelt die absoluten und die relativen Auswirkungen von Wetterextremen wie Stürmen, Überschwemmungen oder Hitzewellen auf nahezu alle Länder der Welt und setzt diese zueinander in Beziehung. Er basiert auf der weltweit anerkannten Datenbank der Münchener Rück, weshalb Germanwatch den diesjährigen Index vor Ort gemeinsam mit der Münchener Rück Stiftung vorgestellt hat. Er soll insbesondere für die starke Betroffenheit vieler Entwicklungsländer sensibilisieren und zugleich die Notwendigkeit von Maßnahmen der Anpassung an den Klimawandel wie auch zu seiner Begrenzung kommunizieren.

Klimaschutz-Index 2008

Während des Klimagipfels in Bali im Dezember 2007 stellte Jan Burck (Germanwatch) zusammen mit CAN-Europe auf einer internationalen Pressekonferenz zum dritten Mal den Klimaschutz-Index vor.⁶ Der Klimaschutz-Index, dessen Methodik maßgeblich von Burck entwickelt wurde, vergleicht die Klimaschutzleistungen von 56 Industrie- und Schwellenländern, die zusammen für mehr als 90 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind. Die Analyse der einzelnen Indikatoren – Emissionsniveau, Emissionstrends und Klimapolitik – zeigt deutlich, dass die Staatengemeinschaft weiterhin weit davon entfernt ist, ihrer Verantwortung im Klimaschutz gerecht zu werden. Kaum ein Staat ist auf dem Weg, den wir brauchen, um insgesamt die globale Temperaturerhöhung unter zwei Grad zu halten und eine globale Klimadestabilisierung zu vermeiden.

Die Resonanz auf den Klimaschutz-Index ist hingegen ermutigend. So wurde in mehr als 100 Staaten über das Ranking berichtet, dies geschah auch meist in größeren Medien an prominenter Stelle.⁷

Deutschland holte in der Wertung um zwei Plätze auf und liegt im Klimaschutz-Index 2008 als Zweiter in der Rangliste direkt hinter Schweden. Hauptgrund dafür waren die Anstrengungen im internationalen Klimaschutz während des EU-Frühjahrgipfels 2007 und des G8-Gipfels.

Die nationalen Klimapolitiken der im Index vertretenen Länder wurden von den befragten Experten allerdings fast durchgehend als nicht ausreichend bewertet. Auch ist es sehr bedenklich, dass sich sieben der weltweit größten CO₂-Emittenten zwischen den Plätzen 40 und 55 auf der Rangliste befinden. Die schlimmsten Klima“sünder“ sind die Länder Saudi Arabien, USA und Australien. Diese drei Staaten weisen alle ein sehr hohes Emissionsniveau, einen schlechten Emissionstrend und gleichzeitig eine absolut unzureichende Politik auf. Finanzielle Zuschüsse vom BMZ und vor allem von der Barthel-Stiftung ermöglichten die erneute Erstellung des Klima-Indexes. Durch eine Kooperation mit oekom werden die Ergebnisse des Indexes auch relevant für die Nachhaltigkeitsbewertung von Staatsanleihen im Finanzmarkt. Andere Finanzmarktakteure haben ihr Interesse angemeldet.

⁵ www.germanwatch.org/presse/2007-11-17.htm

⁶ Video der Pressekonferenz: www.germanwatch.org/klima/c13v-ksi.htm

⁷ der Onlinepressespiegel sowie die Broschüre und die Einzelergebnisse sind abrufbar unter: www.germanwatch.org/ksi.htm

5 Klima & Energie

In Deutschland ist es gelungen, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stabilisiert und verbessert wurde, womit ein weiterer Ausbau dezentraler Erneuerbarer Energie ebenso gewährleistet ist wie ein Einstieg in den Aufbau erheblicher Offshore-Windenergie-Kapazitäten – wenn nicht unerwartete Probleme dabei auftauchen.

In den nächsten Jahren kommt es jetzt darauf an, dass die Grundlagen für ein zu 100 Prozent mit Erneuerbarer Energie versorgtes Europa gelegt werden. Der Netzausbau rückt dabei immer stärker ins Zentrum der Debatte. Einerseits als „Smart Grid“, um dezentrale Ansätze Erneuerbarer Energie und Kraftwärmekopplung mit Anreizen für Laststrommanagement und Energieeffizienz verknüpfen zu können. Andererseits als „Super Grid“, um die EU mit Strom aus Nordafrika (etwa solarthermische Stromerzeugung und Wind), aus Nordeuropa (vor allem Wind), aus Osteuropa (etwa Strom aus Biomasse) sicher und kostengünstig versorgen zu können. Die Germanwatch-Aktivitäten hierzu laufen sowohl im Rahmen der Klima- und Finanzmarktaktivitäten (siehe unten) als auch im Rahmen der Klima- und Energiesicherheitsaktivitäten, in enger Kooperation mit dem European Climate Forum (ECF), dem PIK sowie mit dem arrhenius Institut.

Für die weitere Struktur der Energieversorgung und ihrer Klimaverträglichkeit ist es zentral, wie der weitere Emissionshandel ausgestattet wird. Nach den relativ guten Vorlagen der EU-Kommission versuchen derzeit viele Regierungen, EU-Abgeordnete und Lobbyisten der emissionsintensiven Industrie, die Post-2012-Regeln weichzuspülen. In enger Abstimmung mit dem Climate Action Network Europe und der Klimaallianz hält Germanwatch hier dagegen.

Im Juni 2008 fiel der Startschuss für das von Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium geförderte Germanwatch-Projekt zum Thema CO₂-Abscheidung und -Lagerung. Ziel des von Manfred Treber koordinierten Projekts ist es, in Gesprächen mit Wissenschaft und verschiedenen Akteuren die Risiken und Chancen dieser Brückentechnologie zu erörtern. Erste Gespräche und Veranstaltungen mit Akteuren aus der NRO-Gemeinschaft und mit Vertretern der Industrie fanden bereits statt.

6 Klima & Verkehr

Im Verkehrsbereich hat Germanwatch weiter einen besonderen Fokus auf den weiter schnell wachsenden Flugverkehr gelegt. Manfred Treber vertritt Germanwatch hierzu im Arbeitskreis Flugverkehr des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und verfolgt das Thema auf den UN-Klimaverhandlungen. Sven Harmeling hat die Aktivitäten der deutschen NRO gegenüber den EU-Parlamentariern im Gesetzgebungsverfahren für den Einbezug des Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel vertreten. Obwohl dabei nicht der „große Wurf“ gelungen ist, ist es doch die erste ernsthafte klimapolitische Rahmensetzung für den internationalen Flugverkehr.

Manfred Treber verfolgt auch die Debatte über die Weiterentwicklung des Schienenverkehrs und bringt etwa auf dem jährlich stattfindenden Workshop der DB AG mit Umweltverbänden Fragen und Vorschläge zum notwendigen Ausbau des Schienenverkehrs ein. Angesichts des sich abzeichnenden Börsengangs der Bahn scheint es sehr fraglich, ob die gestiegene Nachfrage sowie der gestiegene Gewinn im Sinne der „Daseinsfürsorge“ einem Ausbau des Schienennetzes zugute kommt.

7 Klima & Recht

Ein Anzeichen dafür, dass das Klimathema tatsächlich vom weichen zum harten Thema wird, ist die immer größere Präsenz des Themas vor den Gerichten weltweit. Germanwatch verfolgt dieses Thema mit großem Interesse. Wir prüfen zusammen mit anderen Akteuren für die Zukunft auch vermehrt Aktionen im Rahmen des „Legal Campaigning“.

Im Rahmen unserer Finanzmarktaktivitäten haben wir im Berichtsjahr insbesondere juristisch überprüfen lassen, ob die deutschen und europäischen Autokonzerne ihren Aktionären in angemessener Form darüber berichten, ob und wie sie die direkten, regulativen, reputativen und juristischen Klimarisiken sowie die Ölpreisrisiken berücksichtigen. Aufgrund dieser Studien gibt es erhebliche Zweifel daran. Derzeit lassen wir uns außerdem juristisch beraten, wie wir auf die abgelehnte, von Germanwatch

vorgebrachte OECD-Beschwerde gegen Volkswagen reagieren. (Mehr zu beiden Themen siehe unten im Kapitel Unternehmen und Finanzsektor)

8 Klimaexpedition – Klima & Bildung

Informations- und Bildungsarbeit nimmt einen größer werdenden Raum in der Germanwatch-Arbeit ein. Die vom Evangelischen Entwicklungsdienst bezuschusste Rückkehrerstelle für Stefan Rostock hat uns hier ermöglicht, neue Wege zu gehen. In 2007/2008 konnten verschiedene Materialien dazu erstellt und mehrere erfolgreiche Projekte durchgeführt oder vorbereitet werden.

Die Germanwatch Klimaexpedition ist dabei neben unserer zunehmenden Vortragstätigkeit sicherlich herausragend und konnte dank der Förderung durch die Recycling-Initiative für Gasentladungslampen „Lightcycle“ erstmalig bundesweit angeboten werden. Weitere Einsätze der Klimaexpedition wurden durch das Land Rheinland-Pfalz, die Münchener Rück Stiftung sowie die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung, das Land Hamburg und die Barthel-Stiftung gefördert. Dieses Kooperationsprojekt mit Geoscopia hat das Klimathema in vielen Schulen ganz neu besetzt. Von den Schulen erhalten wir insbesondere positive Rückmeldungen, weil die Schüler weitgehend ohne moralischen Zeigefinger durch Anschaulichkeit und Technikbegeisterung sehr flexibel an das Thema herangeführt werden.

An verschiedenen Lehrerfortbildungen haben Germanwatch-MitarbeiterInnen als ReferentInnen mitgewirkt, dabei entwickelte sich mit Inwent Rheinland-Pfalz eine Kooperation in Schulprojekten. Germanwatch berät Verbände oder Bildungseinrichtungen bei der Konzeption von Umwelt- und Klimakampagnen, so die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) in der Diözese Köln. Auch bei der Ausbildung von Studierenden war Germanwatch aktiv und veranstaltete ein einwöchiges Seminar im Rahmen des Studiengangs „Global Change Managment“ der FH Eberswalde.

Für 2009 ist eine aktive Teilnahme an der Verbraucher-Klimakampagne des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen (vzbv) geplant sowie die Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen.

Publikationen

(Bestellinfos und Download siehe www.germanwatch.org/pub/pub-neu.pdf und www.germanwatch.org/klima)

G.Kier, M.Treber, C.Bals: „Klimaskeptiker“ und ihre Argumente. Eine Kurzeinführung mit Literaturhinweisen (Juli 2008)

C.Bals, H.Hamm, I.Jerger, K.Milke: Die Welt am Scheideweg: Wie retten wir das Klima? (Juni 2008) Vertrieb erfolgt über den Buchhandel

Germanwatch-Zeitung 2/2008, Themenschwerpunkt Klimaschutz & Anpassung (Mai 2008)

Sven Harmeling, Christoph Bals: Adaptation to climate change – where do we go from Bali? (März 2008)

Jan Burck, Christoph Bals, Marisa Beck, Elisabeth Rüthlein: Der Klimaschutz-Index 2008 (dt. + engl.) (März 2008)

Christoph Bals: Bali, Poznan, Kopenhagen – Dreisprung zu einer neuen Qualität der Klimapolitik? (dt. + engl.) (Februar 2008)

Cheng Qian: Ein Porträt der Klimapolitik Chinas (dt. + engl.) (Januar 2008)

M. Breuer, B. Horstmann, S. Harmeling, M. Bludau, C. Bals: Arbeitsblätter für den Unterricht (zu verschiedenen Themen) (Januar 2008)

R. Schwarz, S. Harmeling, C. Bals, & G.Kier: Globaler Klimawandel. Aktualisierte Ausgabe 2008 (Januar 2008)

Christoph Bals: Der Klimagipfel in Bali: Start für ein Hürdenrennen bis Kopenhagen. Eine Bewertung der Konferenzergebnisse (dt. + engl.) (Januar 2008)

Sven Harmeling: Global Climate Risk Index 2008. Weather-related loss events and their impacts on countries in 2006 and in a longterm comparison (Dezember 2007)

Germanwatch-Zeitung 4/2007, Themenschwerpunkt Klimagipfel Bali und IPCC (Dezember 2007)

Christoph Bals: Klimagipfel in Bali: Startpunkt für entscheidene Schritte zu einem emissionsarmen Wohlstandsmodell? (November 2007)

J.Forkel-Schubert u.a.; A. Huber (Red.): Klima und Klimaschutz in Hamburg (Oktober 2007)

M. Treber: Auswirkungen der Öl-Kluft auf den Verkehr. Chancen für sinkende Treibhausgasemissionen (September 2007)

K.Geißler; Red. S.Harmeling & M.Bludau: Klimaschutz-Aktionsheft. Aktualisierte Ausgabe 2007 (Oktober 2007)

Sven Harmeling, Christoph Bals, Jan Burck: Adaptation to climate change in Africa and the European Union's development cooperation (August 2007)

Sven Harmeling: Civil society alliances on climate change in industrialised countries (August 2007)

KlimaKompakt: Aktuelle Berichte zu Klima-Themen (fortlaufend)

Pressemitteilungen

Germanwatch hat über 30 Pressemitteilungen zum Themenbereich Klima (mit-)herausgegeben, abrufbar unter www.germanwatch.org/presse

Veranstaltungen

Germanwatch hat im Themenbereich Klima an über 30 Veranstaltungen intensiv mitgewirkt (ausgewählte Beispiele im Text, Liste unter www.germanwatch.org/termine/alt.htm) und war an zahlreichen weiteren beteiligt.

Verantwortlich:

Christoph Bals

bals@germanwatch.org

Jan Burck

burck@germanwatch.org

Sven Harmeling

harmeling@germanwatch.org

Stefan Rostock

rostock@germanwatch.org

Rixa Schwarz

schwarz@germanwatch.org

Dr. Manfred Treber

treber@germanwatch.org

II Welthandel

Welthandel und Ernährung

- 1 Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt
- 2 WTO-Verhandlungen
- 3 EU-Agrarpolitik
- 4 Milchmarkt
- 5 Agrartreibstoffe und Lebensmittelpreise

1 Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt

Im Februar 2007 begann das dialogorientierte, öffentlichkeitswirksame Lobby-Projekt „Afrikanische Kleinbauern im Fokus – Ihre Stimme in der EU-Handelspolitik“ mit Förderung der EU. Germanwatch führt dieses Vorhaben zu den Auswirkungen insbesondere der EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) auf afrikanische Kleinbauern gemeinsam mit FIAN Deutschland, FIAN International, Both Ends (Niederlande) und der UK Food Group (Großbritannien) durch. Zum Hintergrund: In den EPAs soll der gesamte Bereich der Handelsbeziehungen der EU mit der AKP-Gruppe⁸ nach den Prinzipien eines WTO-kompatiblen Freihandels umgestaltet werden. Deshalb drängte die Europäische Union Ende des Jahres 2007 78 AKP-Staaten dazu, neue Handelsabkommen mit ihr abzuschließen. Sie drohte, ansonsten ihre Einfuhrzölle für Produkte aus einigen dieser Staaten anzuheben, was zu empfindlichen Einnahmeverlusten der AKP-Staaten führen würde. Als wichtigster Handelspartner und Geber von Entwicklungshilfe für Afrika schaffte es die EU, 35 der 78 Länder die Zustimmung zu Freihandelsabkommen abzurufen. Diese Abkommen nehmen den AKP-Staaten das Recht, das zu tun, was die Industriestaaten jahrzehntelang und bis heute gemacht haben – ihre fragilen Märkte und jungen Industrien durch Zölle zu schützen. Die Konsequenz: Auf den Märkten Afrikas werden vermehrt billige Produkte der europäischen Landwirtschaft zu finden sein, mit denen die Kleinbauern nicht konkurrieren können. Damit bedrohen die EPAs das Recht auf Nahrung und andere grundlegende soziale Menschenrechte auf einem Kontinent, auf dem schon jetzt jeder dritte Mensch chronisch unterernährt ist.

Die Interimsabkommen weisen folgende für die AKP-Staaten negativen Aspekte auf:

- Standstill-Klauseln, die die Zölle auf dem heutigen Stand einfrieren und somit eine Erhöhung der Zölle verbieten, gelten auch für die meisten sensiblen Produkte. Gerade eine Erhöhung von Zöllen ist aber häufig für den Schutz sensibler Produkte einer Wirtschaft wichtig.
- Zölle für sensible Produkte dürfen nur in geringem Maß beibehalten werden. Die afrikanischen Länder forderten, dass 40 Prozent der Produkte noch mit Zöllen belegt werden dürfen, die EU hat 20 Prozent als Höchstgrenze durchgesetzt. Umstritten ist außerdem die Zeitspanne, innerhalb derer die Liberalisierung vonstatten gehen soll. Eine zu schnelle Liberalisierung, die zudem noch eigentlich schützenswerte Produkte umfasst, würde den im Aufbau befindlichen Industrien erheblich schaden.
- Safeguard-Klauseln, die es erlauben, Zölle zumindest zeitweise wieder anzuheben, wenn heimische Unternehmen durch stark steigende Importe gefährdet werden, sind zu schwer anwendbar. Es gibt zwar ein umfassendes Regelwerk, der bürokratische Aufwand ist aber sehr hoch und hat bis jetzt verhindert, dass diese Maßnahme von afrikanischen Ländern genutzt wird. Zudem ist der Prozess so langwierig, dass eventuell schon Schäden angerichtet wurden, die nicht mehr umkehrbar sind.
- Überprüfungsmaßnahmen nehmen einen viel zu geringen Stellenwert in den Interimsverträgen ein. Dabei wäre es enorm wichtig, vor allem unabhängige Parteien bei Wirkungsanalysen zu beteiligen, um auf Mängel der Verträge hinzuweisen.

⁸ Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik

Die Interimsabkommen sollen nur der Anfang sein. Die AKP-Staaten werden weiter gedrängt, umfassende EPAs zu unterzeichnen, die auch ihre Handlungsfähigkeit bei den Regeln zu Dienstleistungen und den sogenannten „Singapur-Themen“ Investitionen, Wettbewerbsrecht und öffentliche Beschaffung einschränken würden. Der gesellschaftliche Widerstand sollte jetzt wachsen. Immer mehr Menschen in Subsahara-Afrika setzen sich schon lautstark zur Wehr und fordern die Rücknahme der bereits unterschriebenen Verträge. Zahlreiche afrikanische Staaten kritisieren, dass die EU massiven ökonomischen Druck in den Verhandlungen ausübe und die dringend notwendige regionale Integration Subsahara-Afrikas gefährde.

Ziel des von Germanwatch-Referentin Kerstin Lanje koordinierten Projekts ist es, die Auswirkungen der EPAs auf Kleinbauern zu analysieren und diese öffentlichkeitswirksam aufzuzeigen. Wir organisieren:

- ◆ Studien über die Auswirkungen von EPAs und der Politik von IWF, Weltbank und WTO auf das Recht auf Nahrung von Kleinbauern in Afrika.
- ◆ Fact Finding Missions (FFM) mit Bauern, deren Organisationen und NRO nach Sambia, Ghana und Uganda. Ziel ist ein besseres Verständnis des Einflusses der Agrarhandelspolitik auf die Bauern vor Ort.
- ◆ Konferenzen zum Austausch und zur Entwicklung gemeinsamer Strategien für unsere politische Arbeit.
- ◆ Fotoausstellungen und öffentliche Veranstaltungen zur Veranschaulichung von Auswirkungen der Handelspolitik auf Kleinbauern in Afrika.

2 WTO-Verhandlungen

Die Interessen der Kleinbauern, stehen auch im Mittelpunkt der Germanwatch-Arbeit zur Welthandelsorganisation WTO. Die Mehrzahl der Hungernden in der Welt sind Kleinbauern, die besonders auf verlässliche Handelsbedingungen angewiesen sind, um ihre Situation zu verbessern. In den laufenden Verhandlungen der Doha-Runde setzen wir uns dafür ein, dass Entwicklungsländer das Recht erhalten, effektive Maßnahmen gegen Agrarimporte zu ergreifen, wenn diese Lebensunterhalt und Ernährungssicherheit der Landbevölkerung gefährden. Dass die informelle Ministerkonferenz im Juli 2008 gerade an diesem Thema scheiterte, ist ein Erfolg im Misserfolg: Die große Mehrheit von über einhundert Entwicklungsländern war nicht bereit, in dieser Frage den USA und wenigen anderen Agrarexporteurern nachzugeben, die nur einen wirkungslosen Mechanismus gegen steigende Importe zugestehen wollten. Die Lobbyarbeit von Germanwatch hat in Zusammenarbeit mit Partnern wie dem Evangelischen Entwicklungsdienst und Misereor dazu beigetragen, dass die EU eher auf Seiten der Entwicklungsländer stand, auch wenn die Unterstützung entschiedener hätte ausfallen können.

Auch zum in den Verhandlungen schon seit einiger Zeit versprochenen vollständigen Abbau aller Exportsubventionen hat der Druck von Germanwatch und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen beigetragen. Allerdings ist mehr Druck nötig, damit die EU dies auch dann umsetzt, wenn die Doha-Runde nicht abgeschlossen werden kann. Zu einer ernsthaften multilateralen Diskussion über Kriterien für in der WTO erlaubte interne Subventionen war und ist die EU – auch auf Druck der Bundesregierung – nicht bereit, obwohl sich auch diese Subventionen negativ auf Entwicklungsländer auswirken können.

3 EU-Agrarpolitik

Die Entwicklung von Kriterien für Agrarsubventionen, die die notwendige Unterstützung für Ressourcenschutz, umweltfreundliche Produktion und die Entwicklung ländlicher Räume leistet, ohne im internationalen Handel mit Entwicklungsländern Schaden anzurichten, steht im Zentrum des Kooperationsprojekts mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), das vom BMZ gefördert wird. In Fallstudien über den Milchsektor in Schleswig-Holstein und Sambia stellt das von Tobias Reichert koordinierte Projekt verschiedene Unterstützungsmaßnahmen dar und bewertet sie. Dabei wurde deutlich, dass die Förderung kapitalintensiver und technologisch anspruchsvoller Methoden für

Beschäftigungsförderung und Armutsbekämpfung eher negative Effekte haben kann – und zwar in Deutschland genauso wie in Afrika. Sinnvoller ist die Weiterentwicklung angepasster Technologien und Vermarktungsformen und die gezielte Förderung kleiner bzw. von Armut betroffener Betriebe. Die Ergebnisse wurden mit Vertretern verschiedener Verbände diskutiert und flossen in ein Diskussionspapier ein, in dem die neuen Herausforderungen für die Agrarpolitik, vom wieder zunehmenden Hunger über den Klimawandel bis zu den steigenden Grundnahrungsmittelpreisen, dargestellt werden. Auf dieser Grundlage werden im Rahmen des Projekts mit Umwelt-, Bauern-, und Entwicklungsverbänden konkrete Kriterien für die Ende 2008 zu beschließende „Gesundheitsprüfung“ der EU-Agrarpolitik erarbeitet.

4 Milchmarkt

An der Reform des EU-Milchmarkts lassen sich eine Reihe von zentralen Weichenstellungen fest machen. Die derzeitige Strategie der Kommission zielt darauf ab, die Milchwirtschaft unabhängig von Exportsubventionen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu machen. Das würde die Verdrängung kleinerer Betriebe und der ökologisch wertvollen Milchwirtschaft in Berggebieten weiter beschleunigen und die künstliche Konkurrenz für Milchbauern in Entwicklungsländern aufrecht erhalten. Auch zu diesen Fragen arbeiten wir daher mit AbL, Umwelt- und Entwicklungsverbänden an alternativen Ansätzen, die eine umwelt- und sozialverträgliche Milchproduktion in der EU fördern und neue Chancen für die kleinbäuerliche Milchproduktion in Entwicklungsländern schaffen.

5 Agrartreibstoffe und Lebensmittelpreise

Zwei neue Entwicklungen, die im letzten Jahr in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle spielten, konnten wir ergänzend aufgreifen. In der Diskussion um Agrartreibstoffe arbeiteten wir intensiv in der Plattform nachhaltige Biomasse deutscher Entwicklungs- und Umwelt-NRO mit, unter anderem bei der Erstellung eines Positionspapiers zu Agrarenergie und Ernährungssicherheit. Auch in der Germanwatch-Zeitung und öffentlichen Veranstaltungen griffen wir das Thema mehrfach auf. Im Dezember 2007 organisierte Germanwatch mit dem Institute for Agriculture and Trade Policy, der Heinrich Böll Stiftung und FERN eine internationale Konferenz zu Agrarenergie und ländlicher Entwicklung in Berlin. Vertreter von NRO und Bauernorganisationen aus Lateinamerika, Asien und Afrika waren prominent vertreten, auch Partnerorganisationen aus dem Projekt „Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt“.

Mit der Heinrich Böll Stiftung und dem Evangelischen Entwicklungsdienst veranstaltete Germanwatch Anfang Mai eines der ersten öffentlichen Fachgespräche zu den Ursachen der rasant gestiegenen Preise für Lebensmittel. Mit Brot für die Welt arbeiten wir an einer Studie, die die Auswirkungen der höheren Preise auf Kleinbauern, vor allem in Entwicklungsländern untersucht. Die Ergebnisse werden im Oktober zum Welternährungstag präsentiert.

Publikationen

(Bestellinfos und Download siehe www.germanwatch.org/pub/pub-neu.pdf und www.germanwatch.org/handel)

Nico Gappa und Kerstin Lanje: Poster: Einführung in die Handelspolitik (August 2008)

Germanwatch, FIAN, UKFG, Both Ends: Flyer: Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt – für mehr Gehör in der EU-Handelspolitik. Die Beispiele Sambia und Ghana (Juni 2008)

Kerstin Lanje, Lisa Rohrdantz, Nico Gappa: Documentation of the first exchange conference on common concerns and common political strategies. Berlin, 11-12 December 2007 (März 2008)

Armin Paasch: Verheerende Fluten – politisch gemacht. EU-Handelspolitik verletzt Recht auf Nahrung in Ghana – Die Beispiele Hühnchen und Tomaten (dt. + engl.) (Mai 2008)

Germanwatch-Zeitung 1/2008, Themenschwerpunkt Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt (April 2008)

Judith Krane, Ursula Heigl, Tobias Reichert: Chancen zur ländlichen Entwicklung in Sambia. Wirkungen von Fördermaßnahmen am Beispiel des Milchsektors (Dezember 2007)

Andrea Fink-Keßler: Förderansätze zur ländlichen Entwicklung. Arbeitsplatzeffekte am Beispiel „Käsestraße“ in Schleswig-Holstein und Nordmilch AG (Dezember 2007)

Flyer: Ländliche Entwicklung weltweit. Risiken aufdecken, Chancen nutzen (Dezember 2007)

K.Bertow, A.Schultheis: Impact of EU's agricultural trade policy on smallholders in Africa (Okt. 07)

Pressemitteilungen

(abrufbar unter www.germanwatch.org/presse)

30.07.08 Neuanfang in der internationalen Handelspolitik gefordert

29.07.08 Schutzmechanismus für Landwirtschaft in Entwicklungsländern unzureichend

24.07.08 WTO-Ministertreffen: EU klammert sich an Exportsubventionen

21.07.08 Informelles WTO-Ministertreffen in Genf: Entwicklungspolitische Anspruch nicht erfüllt

03.06.08 Hunger bekämpfen mit mehr Investitionen in eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft. Umwidmung von EU-Agrarsubventionen wäre Schritt in die richtige Richtung

23.05.08 StopEPA-Kampagne fordert Rücknahme der Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern

19.05.08 Exportsubventionen müssen auslaufen. Health-Check der EU muss Agrarzahungen an soziale und ökologische Kriterien binden

18.04.08 Kostendeckende Milchpreise tragen zur Ernährungssicherung weltweit bei. Faire Milchpreise in Deutschland und Europa sind ein wichtiger Schritt für einen fairen Handel mit Milchprodukten zwischen EU und Entwicklungsländern

20.12.07 Internationale Expertentagung fordert Umdenken in der Agrarenergiepolitik von EU und Deutschland. Zivilgesellschaftliche Gruppen und der frühere Umweltminister Töpfer rufen zum Innehalten bei der Förderung von Agrartreibstoffen auf

13.12.07 NRO fordern kritische Auseinandersetzung mit EPAs im Bundestag

07.12.07 „Wirtschaftspartnerschaften bedrohen Recht auf Nahrung in Afrika“.

Sonstiges

Stop EPA: offener Brief der Internationalen StopEPA-Kampagne an den EU-Kommissionspräsidenten Barroso. 05.03.2008

EPA 2007 (incl. Germanwatch): Brief des europäischen epa2008 Bündnisses an den EU-Ministerrat. 15.05.2008

EPA 2007: Brief an die Ministerin Wieczorek-Zeul zum EU-Ministerrat-Treffen am 26. und 27. Mai 2008

Germanwatch, FIAN, Brot für die Welt und Misereor: Brief an die Bundesministerin Wieczorek – Zeul und Bundesminister Seehofer anlässlich des Kabinettsbeschluss zur Welternährungslage und G8

Veranstaltungen

Berlin, 11.– 2.12.2007: Exchange Conference 1: African smallholder in focus – a voice in EU trade policy

Berlin, 5.5.08: Fachgespräch „Hohe Agrarpreise – Mehr Hunger oder mehr Chancen für den ländlichen Raum?“

Berlin, 7.5.08, 13-16:30 h: Fachgespräch „EU-Health-Check und ländliche Entwicklung weltweit“

Kassel, 16.–18.05.08: MultiplikatorInnen-Training zum Thema „Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung“ (1. Teil)

Köln, 19.–21.09.08: MultiplikatorInnen-Training zum Thema „Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung“ (2. Teil).

Verantwortlich:

Kerstin Lanje lanje@germanwatch.org

Tobias Reichert reichert@germanwatch.org

III Unternehmen und Finanzsektor

Unternehmensverantwortung, Finanzsektor & Nachhaltigkeit

- 1 Unternehmensverantwortung
- 2 Finanzsektor & Nachhaltigkeit

1 Unternehmensverantwortung

In dem von Cornelia Heydenreich koordinierten Bereich Unternehmensverantwortung hat sich Germanwatch im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit zwei Themen beschäftigt: einerseits mit der Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, andererseits mit der Unternehmensverantwortung der Elektronikindustrie im Rahmen der makeITfair-Kampagne. Darüber hinaus waren wir in mehreren Netzwerken aktiv. Als sehr erfreulich bewährt sich in diesem Bereich die Kooperation mit Misereor – sowohl in inhaltlicher als auch finanzieller Hinsicht.

Die Arbeit zur Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen bestand im Berichtszeitraum v.a. aus der Lobbyarbeit gegenüber Bundesministerien, Bundestagsabgeordneten und dem Kanzleramt. Wir haben Briefe u.a. an den Bundeswirtschaftsminister Glos und an den Kanzleramtschef de Maizière gerichtet sowie insbesondere mit BMZ, BMU und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mehrfach Gespräche geführt, um eine strukturelle Änderung der deutschen Kontaktstelle zu bewirken. Insbesondere der Interessenskonflikt, dass die Stelle im Wirtschaftsministerium, die für Wirtschaftsförderung zuständig ist, über die OECD-Beschwerden gegen deutsche Unternehmen entscheidet, ist uns hier ein Dorn im Auge. Auch im Bundestag haben wir mit Abgeordneten aller Fraktionen Gespräche zu einer verbesserten Umsetzung der OECD-Leitsätze in Deutschland geführt und waren u.a. im Unterausschuss „Globalisierung und Außenwirtschaft“ zu diesem Thema geladen. Auf internationaler Ebene haben wir uns v.a. im Netzwerk OECD Watch engagiert und waren u.a. beim Jahrestreffen der Nationalen Kontaktstellen in Paris mit unseren Anliegen aktiv. Unterstützung fand unsere Argumentation bezüglich einer erforderlichen Strukturänderung der Nationalen Kontaktstelle in Deutschland vom UN-Sonderbeauftragten für Wirtschaft und Menschenrechte, der in seinem Abschlussbericht im Frühjahr 2008 eine solche Struktur wegen des möglichen Interessenkonfliktes kritisierte.

Die von Germanwatch im Frühjahr 2007 vorgebrachte OECD-Beschwerde gegen Volkswagen hat die Kontaktstelle Ende 2007 abgelehnt. Germanwatch kritisiert diese Entscheidung und prüft weiterhin rechtliche Schritte dagegen, da wir eine zu enge Interpretation der OECD-Leitsätze wahrnehmen. Zunächst haben wir bereits erfolgreich juristische Schritte genutzt, um Stellungnahmen zur Beschwerde zu erhalten, die uns bislang nicht zugänglich gemacht wurden und die für die weitere Argumentation hilfreich sind. Dies erfolgte auf Basis einer von Germanwatch im Herbst 2007 veröffentlichten Studie, in der die Juristin Roda Verheyen juristische Möglichkeiten zur verstärkten Transparenz bei den OECD-Leitsätzen untersuchte und somit neue Wege zur verbesserten Umsetzung der OECD-Leitsätze aufzeigte.

Weiterhin sind wir auch an der Verbreitung der OECD-Leitsätze unter NRO im Süden beteiligt. Im Berichtszeitraum geschah dies u.a. durch einen dreitägigen Workshop für Partnerorganisationen von Brot für die Welt und Misereor, der im Januar 2008 in Yaoundé in Kamerun stattfand.

Seit Anfang 2007 arbeiten wir in einem von der EU geförderten Projekt zur Verantwortung der Elektronikindustrie. Schwerpunkt liegt auf der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit insbesondere gegenüber Jugendlichen, aber auch der Bewusstseins- und Lobbyarbeit gegenüber Firmen. Gemeinsam mit Partnern aus Schweden und Finnland (u.a. unseren Namensschwestern SwedWatch und FinnWatch), den Niederlanden (u.a. SOMO) und Polen sowie Südpartnern aus der DR Kongo, Indien und China haben wir im vergangenen Jahr Studien zur Rohstoffverantwortung der Elektronikindustrie erarbeitet und diese u.a. in einem Roundtable mit den Unternehmen diskutiert. Daraufhin haben wir einen Erwartungs- und Forderungskatalog an die Unternehmen gerichtet, die sich in ihrer Mehrzahl nun aufgrund unserer Aktivitäten auch mit ihrer Rohstoffverantwortung auseinandersetzen. Dies begrüßen wir, wol-

len wir aber auch in der Umsetzung weiter nachverfolgen. Wichtig im Rahmen der Kampagne sind die Öffentlichkeitsmaterialien insbesondere für jugendliche Verbraucher (Faltblätter und CD) verbunden mit E-mail- und Postkartenaktionen an die Unternehmen, aktuell zu Arbeitsbedingungen in Asien bei der Herstellung von IT-Geräten. Darüber hinaus sind wir aber auch im direkten Dialog mit Unternehmen, insbesondere den in Deutschland angesiedelten Firmen in der Wertschöpfungskette der Elektronikindustrie.

Das von Germanwatch mitgegründete CorA-Netzwerk war im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig zum Thema Öffentliches Beschaffungswesen aktiv. Germanwatch hat mit einer Aktion in der Germanwatch-Zeitung 3/2007 die Forderung nach Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien auch im deutschen Beschaffungswesen unterstützt und damit sowie mit der aktiven Unterstützung von Netzwerkaktivitäten dazu beigetragen, dass die sture Blockadehaltung des Wirtschaftsministeriums diesbezüglich durchbrochen werden konnte.

Für viel Aufmerksamkeit sorgte auch die von Kristina Steenbock und Klaus Milke verfassten „Anmerkungen zur Rolle des Global Compact im Spannungsfeld von freiwilligen Selbstverpflichtungen und staatlicher Regulierung“. Dieses Spannungsfeld wird uns noch lange beschäftigen. Es kommt auch in unseren gleichzeitigen Mitgliedschaften im CorA-Netzwerk und im Global Compact sowie seit Sommer 2008 auch im Forum Menschenrechte zum Ausdruck. Nachdem wir bereits mit Gaststatus in der Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte aktiv waren, haben wir mit unserer Mitgliedschaft nun die wichtige Rolle unterstrichen, die wir dem Forum Menschenrechte im Bereich Unternehmensverantwortung, v.a. den Aktivitäten auf UN-Ebene und zu den UN-Normen sowie dem Sonderberichterstatler für Wirtschaft und Menschenrechte, beimessen.

Von besonderer Bedeutung war auch noch die Beteiligung von Christoph Bals und Klaus Milke an einem Multistakeholderdialog der RWE zu ihrer langfristigen Energie- und Klimastrategie. Am 28. Januar 2008 trafen sich Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch e.V., und Alwin Fitting, Arbeitsdirektor der RWE AG und im Vorstand für CSR verantwortlich, in diesem Kontext zum Interview in der Essener Unternehmenszentrale, das dann im CSR- bzw. Nachhaltigkeitsbericht der RWE abgedruckt wurde. Zentral dabei war unsere Forderung nach einem Kohlemoratorium, zumindest bis gewährleistet ist, dass kein Kohlekraftwerk mehr ohne CCS gebaut wird.⁹

2 Finanzsektor & Nachhaltigkeit

Im Bereich Finanzsektor & Nachhaltigkeit konnten Christoph Bals, Miriam Brenck und Kristin Gerber in den letzten zwölf Monaten in dem vom Bundesforschungsministerium finanzierten Verbundprojekt „Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor“ weitere Akzente setzen. Zusammen mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), der Universität Potsdam, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sowie wichtigen Partnern aus der Finanzwirtschaft – beispielsweise Münchener Rück, Allianz Global Investors, HypoVereinsbank und WestLB – konzentriert Germanwatch sich hier auf die Frage, wie Chancen und Risiken des Klimawandels bei Finanzdienstleistungen angemessen berücksichtigt werden können. Ziel ist es, einen Beitrag zur Entwicklung praktikabler Methoden, Instrumente und Verfahren zu leisten, um entstehende Chancen für neue Geschäftsfelder und Produkte, aber auch die zunehmenden Risiken durch den Klimawandel besser bewerten zu können und auf dieser Grundlage Entscheidungen für angemessene Geschäftsaktivitäten zu treffen.

Derzeit erarbeitet das Konsortium gemeinsam mit der WestLB Szenarien für Geschäftsrisiken und -chancen für Energieversorger, die sich durch staatliche Vorgaben hinsichtlich der Reduktion von Schadstoffbelastungen ergeben können. Beispielsweise kann es zukünftig für die Unternehmensbewertung entscheidend sein, welche Art von Energieträger und Kraftwerk gefördert wird, da sich der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen (insbesondere CO₂) stark verteuern kann. Außerdem wurden im vergangenen Jahr Studien in Auftrag gegeben, die das Risikopotential von Autounternehmen verdeutlichen, falls diese nicht angemessen auf den Klimawandel bzw. die politischen Entscheidungen zum

⁹ www.rwe.com/generator.aspx/konzern/verantwortung/gesellschaft/stakeholderdialog/gespraeche-2008---milke/language=de/id=631472/gespraech-mit-klaus-milke.html

Klimaschutz reagieren. Die jüngsten Ereignisse an der Wall Street verdeutlichen diese Notwendigkeit. US-Autoaktien befinden sich gerade im freien Fall, da sie die Risiken durch den enormen Ölpreisanstieg unterschätzt und nicht angemessen berücksichtigt haben. Und auch die deutschen Autoaktien folgen dieser Entwicklung. Rechtsanwälte haben in diesem Sinne geprüft, ob Autounternehmen verpflichtet sind, jährlich über gegenwärtige, aber auch zukünftige Risikofelder, die sich durch den Klimawandel ergeben können, zu berichten. Die Rechtsgutachten zeigen deutlich die Pflicht der Autofirmen, über „wesentliche Klimarisiken und Ungewissheiten“, wie zum Beispiel zu erwartende Anstiege des Ölpreises oder mögliche Klimaschutzgesetze zur CO₂-Reduktion im Autosektor, zu berichten. Jedoch verdeutlicht eine weitere Studie von Germanwatch, dass keines der Europäischen Autounternehmen derzeit ausreichend seine Berichtspflichten erfüllt und diese damit auch ihre Investoren gefährden.

Es sind allerdings längst nicht mehr nur die Risiken, die der Klimawandel auf Geschäftsaktivitäten haben kann, sondern verstärkt die Chancen für neue Geschäftsmodelle und Produkte, die die Finanzdienstleister interessieren. So hat sich für die zweite Hälfte der Projektlaufzeit eine interessante Akzentverschiebung von der Bewertung der klimabezogenen Risiken hin zu den klimabezogenen Chancen vollzogen. Angesichts der sich deutlicher abzeichnenden „Großen Transformation“ der Energieinfrastruktur – durch Klimarisiken und steigende Energiepreise – stellen die Akteure des Finanzmarktes zunehmend die Fragen, welche Branchen von dieser Entwicklung profitieren können und welche neuen Investitionstrends sich durch die politische Umorientierung abzeichnen. In der letzten großen Fallstudie zur Innovationstechnologie „SuperSmart Grid“ werden die Verbundpartner nun auf diese Fragen eingehen. Diese Technologie vereint die Idee eines europäischen „Super Grids“ (Super-Netz), mit dem Strom aus Wind und Solarthermie aus Nordeuropa oder dem Sonnengürtel Europas quer durch Europa dort verfügbar gemacht werden soll, wo der Bedarf dafür besteht, mit einem „Smart Grid“ (Kluge Netze), mit dem viele kleine regenerative und Blockheiz-Kraftwerke zu einem „virtuellen Kraftwerk“ gekoppelt werden können, um eine angebots- und nachfrageorientierte Netzsteuerung zu ermöglichen.

Auch in diesem Jahr fanden begleitend zum Projekt Einzelgespräche und Treffen mit Unternehmen bzw. Finanzdienstleistern sowie mit Entscheidungsträgern und Meinungsführern zum Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz statt.

Publikationen

(Bestellinfos und Download siehe www.germanwatch.org/pub/pub-neu.pdf und www.germanwatch.org/corp)

Germanwatch u.a.: Projektinformation: Bayesianisches Risikomanagement im Finanzsektor. Umgang mit den verschiedenen Risiken und Chancen des Klimawandels (August 2008)

Germanwatch-Zeitung 3/2008, Themenschwerpunkt makeITfair (August 2008)

makeITfair: Faltblätter zur IT-Industrie für jugendliche Verbraucher: Nr. 1: „Was kostet Dein Handy wirklich“ (November 2007). Nr. 2: „Hättest Du gern ein Handy aus Gold“ (November 2007). Nr. 3: „Hallo hier China: Make IT fair!“ (August 2008)

Cornelia Heydenreich: UN-Beauftragter kritisiert Anwendung der OECD-Leitsätze. Optimierung und Neustrukturierung der deutschen Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze erforderlich (Juni 2008)

Kristina Steenbock und Klaus Milke: Anmerkungen zur Rolle des Global Compact im Spannungsfeld von freiwilligen Selbstverpflichtungen und staatlicher Regulierung (Mai 2008)

Worldwatch Institute / Heinrich-Böll-Stiftung / Germanwatch: Zur Lage der Welt 2008. Auf dem Weg zur nachhaltigen Marktwirtschaft? (April 2008) Vertrieb erfolgt über den Buchhandel

Roda Verheyen, Joseph Breham, Clémentine Bacri, Yann Queinnec, Emiliano Pellegrino: A Brief Legal Opinion: Minimum Benchmarks for Reporting of Companies on (Climate) Risks under European Law. An Analysis Of Italian, French And German Law (März 2008)

R. Verheyen: Informations- und Berichtspflichten der deutschen börsennotierten Automobilkonzerne im Hinblick auf die durch den globalen Klimawandel und eine weitere Ölpreisssteigerung hervorgerufenen Risiken (Jan. 2008)

Zusammenfassung der Studien von makeITfair zur Rohstoffindustrie (Kobalt, Platin, Zinn) (Dezember 2007)

Axel Hesse: Climate change risk reporting in the annual reports 2006 of the European automobile industry (Oktober 2007)

Axel Hesse: MDGs, FDL und SRI. Integration der Millennium Development Goals (MDGs) in Ziele, Strategien und Maßnahmen von Finanzdienstleistern (FDL) am Beispiel nachhaltiger Geldanlagen – Socially Responsible Investments (SRI) (Oktober 2007)

Germanwatch und WEED: Der Weg eines Computers. Von der globalen Produktion bis zur Verschrottung. Bildungs-CD (November 2007)

Roda Verheyen: Überlegungen zur Transparenz im OECD-Beschwerdeverfahren (dt. + engl.) (Oktober 2007)

Germanwatch: Germanwatch-Zeitung 3/2007, Themenschwerpunkt Unternehmensverantwortung (Oktober 2007)

OECD Watch Newsletter (fortlaufend)

Pressemitteilungen

(abrufbar unter www.germanwatch.org/presse)

29.08.08 Die dunklen Seiten der leuchtenden IT-Industrie. Protestaktion anlässlich der weltgrößten Unterhaltungselektronikmesse (IFA) in Berlin

08.07.08 Elektronikfirmen befassen sich mit Umwelt- und Menschenrechtsstandards bei ihren Rohstoff-Zulieferern

28.06.08 EU-Autofirmen sind gesetzlich verpflichtet, über ihre klimabezogenen Geschäftsrisiken jährlich zu berichten. Einbruch amerikanischer Autoaktien

03.06.08 UN-Beauftragter kritisiert Anwendung der OECD-Leitsätze. Neustrukturierung der deutschen Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze erforderlich

22.04.08 Auf dem Weg zur nachhaltigen Marktwirtschaft? Der neue Bericht „Zur Lage der Welt 2008“ analysiert die Chancen für einen ökologischen Umbau der Weltwirtschaft

04.03.08 „Grüne“ IT muss wirklich grün und fair werden. Für Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltschutz in der globalen IT-Industrie

19.02.08 Risiken des Klimawandels und des Ölpreisanstiegs spiegeln sich nicht ausreichend in Geschäftsberichten der Automobilindustrie wider. Ergebnisse von Rechtsgutachten und Analyse der Lageberichte

14.01.08 Junge Menschen wollen fair produzierte Elektronikgeräte. Europäische Jugendliche sind zum Engagement bereit

27.11.07 Kinderarbeit und Menschenrechtsverletzungen in der IT-Branche. makeITfair deckt auf: Elektronikfirmen tun bislang zu wenig, um die Abbaubedingungen der von ihnen verarbeiteten Metalle zu verbessern

05.11.07 Wirtschaft muss Verantwortung übernehmen! Verhandlungsrunde über ISO-Norm zur Unternehmensverantwortung

Veranstaltungen

Bonn, 23.06.08: Fachgespräch II: Finanzdienstleister (FDL), Millennium Development Goals (MDGs) und Socially Responsible Investment (SRI).

Berlin, 13.-15.6.08: „Berlin 08 – Das Festival für junge Politik“, u.a. mit Workshops von Germanwatch. Veranstalter: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb), Deutscher Bundesjugendring (DBJR).

Frankfurt, 31.05.08: Politische Leitplanken für nachhaltige Märkte und nachhaltigen Wettbewerb.

Berlin, 7.4.08: „Europäische Union und Lateinamerika: Gefährden Rohstoffboom und Freihandelspolitik die Menschen- und Umweltrechte?“, u.a. mit einem Beitrag von Germanwatch, Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung.

Brüssel, 18.1.08: „Linking Extractives to Consumer Electronics. Responsibilities of Electronic Companies down the Supply Chain“, Veranstalter: Träger der makeITfair-Kampagne (u.a. Germanwatch)

Berlin, 30.11.-1.12.07: Fortbildungsworkshop für Lehrer und Ausbilder „Mit Computern nachhaltig ausbilden“, Veranstalter: Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum EPIZ, Germanwatch und WEED.

Frankfurt/Main, 22.11.07: 2nd Corporate Responsibility Conference, u.a. mit Germanwatch

Bonn, 19.11.07: Fachgespräch I: Finanzdienstleister (FDL), Millennium Development Goals (MDGs) und Socially Responsible Investment (SRI).

Berlin, 5.11.07, 19 h: Podiumsdiskussion „Corporate Social Responsibility – wenn Unternehmen Gutes tun“, u.a. mit einem Beitrag von Germanwatch. Veranstalter: Humboldt-Forum Wirtschaft.

Aachen, 24.10.07: „Brand-Global-Lokal“, Diskussionsveranstaltung zum Thema Unternehmensverantwortung, u.a. mit einem Beitrag von Germanwatch. Veranstalter: Katholische Kirchengemeinde Brand

Verantwortlich:

Cornelia Heydenreich heydenreich@germanwatch.org

Kristin Gerber gerber@germanwatch.org

Miriam Brenck brenck@germanwatch.org

In all unseren Arbeitsfeldern, ob im Klimawandel, beim Thema Unternehmensverantwortung und Finanzsektor oder in der Handels- und Agrarpolitik, richten wir stets unser besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen unseres Handelns im „Norden“ auf die Länder, Gesellschaften und Menschen des „Südens“. Insofern geht unser entwicklungspolitisches Engagement über den hier beschriebenen spezifischen Bereich „Entwicklungspolitik und Entwicklungsfinanzierung“ weit hinaus.

Im Bereich der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit beschäftigen wir uns seit nunmehr sieben Jahren überwiegend mit einem manchmal mühsamen, aber lohnenden Spezialgebiet, der Entwicklungsfinanzierung. Mit Dr. Ludger Reuke haben wir einen der führenden deutschen Experten zu diesem Thema als „Ein-Euro-Mann“ gewinnen können. Unsere in der Anzahl zwar überschaubaren, dafür aber intensiv recherchierten Veröffentlichungen zur deutschen Official Development Assistance (ODA) und zu deren Teilgebiet, der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer, werden von den politischen Entscheidungsträgern in Bund und Ländern wahrgenommen und tragen dazu bei, die häufig unerträglich große Lücke zwischen Versprechungen, Zusagen und Plänen auf der einen sowie den realen finanziellen Leistungen auf der anderen Seite zu verkleinern.

Die Fortschreibung und Neubearbeitung unserer ODA-Studie von 2005 ist im Juni 2008 erschienen und wurde vom Evangelischen Entwicklungsdienst und Misereor gefördert. Sie wurde an die relevanten entwicklungs- und finanzpolitischen Entscheidungsträger im Bundestag, der Bundesregierung und in den Bundesländern sowie an am Thema interessierte NRO und Einzelpersonen versandt. Erste Reaktionen lassen erkennen, dass wir fundierte Argumentationshilfen für die Einhaltung der Versprechungen zur Erreichung des 0,7%-Ziels¹⁰ geliefert haben.

Die Vorbereitungen für das geplante „Memorandum 2009“ zur Bedeutung der Entwicklungspolitik für die Bundestagswahl im kommenden Jahr laufen. Adressaten sind der alte und der neu zu wählende Bundestag sowie die alte und die aus den Wahlen hervorgehende neue Bundesregierung. Wie bei den Vorgängern wird das „Memorandum 2009“ keine Germanwatch-Veröffentlichung werden; wir wollen aber wie 2002 wieder die redaktionellen Voraussetzungen schaffen sowie die technischen Aufgaben erledigen. Und natürlich werden wir uns auch inhaltlich in die Debatten einmischen.

Ob sich außerdem die Pläne für eine fundierte Studie zur „Budgethilfe“ realisieren lassen, hängt nicht nur, aber überwiegend von der Sicherstellung einer unabhängigen Finanzierung ab.

Publikationen

(abrufbar unter www.germanwatch.org/ez)

Ludger Reuke und Sandra Albers: „Alles in ODA, [o:da]? Wider die Unordnung in der Anrechnung deutscher „Offizieller Entwicklungsunterstützung“ 2003 bis 2006/7 (Juni 2008)

Verantwortlich:

Dr. Ludger Reuke reuke@germanwatch.org

¹⁰ Bereits 1970 haben sich die Industrieländer in der UN-Vollversammlung verpflichtet, "in Zukunft" 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen. Seither haben sich alle Bundesregierungen zu diesem Ziel bekannt; aber erst 2005 haben sich zunächst Rot-Grün und dann in der Koalitionsvereinbarung auch die Große Koalition international auf Zeitziele verpflichtet: 0,51% bis 2010 und endlich 0,7% im Jahr 2015.

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Es hat sich auch im vergangenen Jahr als eine erfolgreiche Strategie bezüglich der Vernetzungen und Kooperationen erwiesen, dass Germanwatch auf eigene Aktivitäten und Individualität Wert legt, aber auch gleichzeitig eng mit anderen Organisationen und Partnern zusammenarbeitet.

Dadurch konnten viele Verstärkungseffekte erzielt werden und wir konnten andere zivilgesellschaftliche Strukturen beeinflussen, haben aber auch selbst viele Impulse bekommen und Unterstützung in eigenen Bemühungen erfahren. Im Klimabereich hat im Berichtszeitraum die Klima-Allianz eine besondere Bedeutung gehabt.

Neu in unseren Mitgliedschaften und Vernetzungen sind dazu gekommen:

- die Mitgliedschaft im Bereich Unternehmensverantwortung bei „GoodElectronics“ und im „Forum Menschenrechte“
- die Mitgliedschaft im Welthandelsbereich bei „Our World is not for Sale / Seattle to Brussels Network (S2B)“

Die Kampagne „Gerechtigkeit Jetzt!“ hat im Berichtszeitraum ihre Arbeit eingestellt.

So wichtig unsere Vernetzungsstrategien auch sind, sie stellen auch eine besondere finanzielle Herausforderung für Germanwatch dar. Insofern wäre es zu begrüßen, wenn wir gerade hierzu besondere Einzelspenden bekommen könnten.

Mitgliedschaften von Germanwatch

Germanwatch ist Mitglied bei: Agrarbündnis, AK Flugverkehr beim DNR, AK Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Attac, Bananenkampagne, Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER e.V.), Climate Action Network Europe (CAN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Die Klima-Allianz, Eine Welt Netzwerk Hamburg, Erlassjahr.de, European Business Council for Sustainable Energy (e5), Forum Menschenrechte, Forum Nachhaltige Geldanlagen, Forum Umwelt und Entwicklung, GCN (Global Challenges Network), Global Compact, GoodElectronics Netzwerk, Greenskies, Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze, netz NRW, NRO-Netzwerk Corporate Accountability (CorA), Eine Welt Netz NRW, Munich Climate Insurance Initiative (MCII), OECD Watch, Ökowerk NRW, Our World is not for Sale/Seattle to Brussels (S2B), Publish what you pay, Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Zukunftsrat Hamburg.

Germanwatch, Stiftung Zukunftsfähigkeit, atmosfair – Wie gehören sie zusammen?

Aus Germanwatch – gegründet 1991 – entwickelte sich die 1997 gegründete Stiftung Zukunftsfähigkeit, nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf selbst kein Geld langfristig binden, sondern muss es stets unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung ergänzt durch ausgewählte Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. für die Einführung einer Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Altersvorsorge oder durch Moderationstätigkeiten bei den Klimaverhandlungen mit Delegierten aus Entwicklungsländern. Inzwischen haben mehr als 30 Zustifterinnen und Zustifter den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die hierauf nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen, das nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr darstellt. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH.



E Finanzbericht für das Kalenderjahr 2007

Von Denis Montuelle (Schatzmeister)

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2007 betragen rund 1.175.000 Euro (vgl. Tab. E.1). Dies entspricht einer Steigerung um rund 56% gegenüber 2006 – einem Jahr mit relativ geringem Budget im Vergleich zu den Vorjahren – sowie einer Steigerung um 17% gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2003-2005, in denen die Einnahmen jeweils rund 1 Mio. Euro betragen hatten.

Hauptgrund für das starke Wachstum ist, dass Germanwatch deutlich mehr Zuschüsse für Projekte einwerben konnte. Die hohe Anzahl öffentlicher und privater Zuschussgeber (vgl. Tab. E.2) werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität und Seriosität unserer Arbeit, zudem ist das große Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für politische Unabhängigkeit.

Bei der Höhe der Einnahmen – insgesamt sowie bei der Betrachtung einzelner Projekte – ist zu beachten, dass ein Teil der von Gebern wie z.B. der EU erhaltenen Einnahmen (und dementsprechend auch der Ausgaben) zur Weiterleitung an Partner für „externe Projektarbeit“ in Kooperationsprojekten bestimmt ist (vgl. Abb. E.1). Ein Beispiel hierfür ist das von der EU bezuschusste Projekt „Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt“ zum Thema Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, in dem Germanwatch EU-Gelder an die Partnerorganisationen FIAN, UK Food Group und Both ENDS weiterreicht, mit denen diese Organisationen ihren Teil der Projektaktivitäten durchführen. Der EU-Zuschuss für den im Jahr 2007 von Germanwatch durchgeführten Teil des Projekts betrug rund 109.000 € für die Teile der Partnerorganisationen rund 169.000 €. In anderen von Germanwatch geleiteten Kooperationsprojekten verhält sich dies anders, so beispielsweise in dem vom Bundesforschungsministerium finanzierten Projekt „Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor“, bei dem die Mittelüberweisungen vom Geber direkt an jeden Partner erfolgen und folglich in unserer Buchhaltung nicht den Einnahmen von Germanwatch zugerechnet werden. Verschiedene Kooperationsprojekte haben somit – obwohl sie bezüglich der inhaltlichen Durchführung sehr ähnlich sind – sehr unterschiedliche Auswirkungen auf das Volumen des Budgets, abhängig von den oben genannten formalen Bestimmungen der Zuschussgeber. Berücksichtigt man diesen Unterschied, so betragen die Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit rund 725.000 €. Für externe, also von Partnern in deren Namen durchgeführte Projektarbeit waren es rund 265.000 €.

Mitgliedsbeiträge, Spenden und der Zuschuss der Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber besonders wichtigen Teil aus. Diese überwiegend nicht zweckgebundenen Mittel können flexibel eingesetzt werden, beispielsweise um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und kofinanzieren sowie um Kosten zu decken, die für die Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von öffentlichen und privaten Gebern nicht (oder praktisch nie) bezuschusst werden, beispielsweise die Zahlungen für Büromiete.

Die Beiträge unserer Mitglieder und Fördermitglieder stiegen im Vergleich zum Vorjahr um rund 6% auf 64.290 Euro. Die Gründe hierfür sind zum einen der Zuwachs bei den Mitgliederzahlen (siehe S. 4), zum anderen haben viele Mitglieder ihren Beitrag freiwillig erhöht. Auch bei den Spenden ist eine Steigerung um 11,3 % auf 56.451 Euro zu verzeichnen. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit, deren vorrangiger Stiftungszweck neben einer begrenzten Anzahl von eigenen Aktivitäten die Förderung von Germanwatch ist, hat uns abermals gefördert. Ihre Zuwendung war überwiegend zur Programmfinanzierung vorgesehen und damit nicht zweckgebunden.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Zustifterinnen und Zustiftern sowie allen Zuschussgebern gilt unser ausdrücklicher Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleisteten Arbeiten sowie die vielen unbezahlten Überstunden hauptamtlicher Kräfte, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nicht enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2007

Ideeller Bereich		
A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit	<u>2006</u>	<u>2007</u>
	€	€
1. Mitgliedsbeiträge	60.786,48	64.290,94
2. Spenden	50.723,94	56.450,81
3. Förderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	38.000,00	46.500,00
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projekte	526.435,11	718.549,68
5. Zuschüsse für externe Projekte	74.655,56	265.362,01
6. Sonstiges (v.a. Honorare und Kostenerstattungen)	4.302,36	24.342,81
	<u>754.903,45</u>	<u>1.175.496,25</u>
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit		
7. Gehälter	255.452,43	360.740,30
8. Sozialabgaben	58.548,37	74.075,47
9. Fremdhonorare	120.446,00	138.918,90
10. Miete / Mietnebenkosten	30.727,91	25.407,98
11. Abgaben / Versicherungen	2.282,78	2.642,90
12. Mitgliedsbeiträge an andere Organisationen	2.483,51	7.301,30
13. Werbe- und Reisekosten	26.822,57	46.400,29
14. Instandhaltungen und Kleingeräte	9.892,36	10.486,97
15. Abschreibungen	9.415,00	12.355,10
16. Wertberichtigung Forderung	0,00	164,68
17. Porto (inkl. Versand Germanwatch-Zeitung)	15.410,35	25.271,55
18. Telefon	7.841,98	8.597,22
19. Fax- und Kopierkosten	11.704,08	7.137,22
20. Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	65.382,37	114.700,43
21. externe Projektarbeit	74.655,56	265.362,01
22. Bürobedarf	3.507,18	4.670,56
23. Bücher und Zeitschriften	763,75	2.038,34
24. Weitergeleitete Gelder	0,00	0,00
25. Jahresabschluss-Buchhaltungskosten	8.302,14	7.205,09
26. Sonstiges	2.195,19	2.404,15
	<u>705.833,53</u>	<u>1.115.880,46</u>
C. Laufendes Ergebnis	49.069,92	59.615,79
D. Ausgabenüberschuss Finanzierungsbereich		
27. Finanzergebnis	24,85	-1.462,88
	<u>49.094,77</u>	<u>58.152,91</u>
E. Einnahmenüberschuss Finanzierungsbereich		
28. Zinseinnahmen	2.119,93	7.852,26
F. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	<u>51.214,70</u>	<u>66.005,17</u>
Gesamtergebnis		
Ideeller Bereich		66.005,17
Zweckbetrieb		1.695,41
Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb		0,00
Einnahmenüberschuss		<u>67.700,58</u>

Tab. E.2: Zuschüsse im Jahr 2007 (Erläuterungen von Abkürzungen siehe übernächste Seite)

Verbandszuschuss	<u>2006</u> €	<u>2007</u> €
Evangelischer Entwicklungsdienst (eed), Bonn	6.229,69	49.486,39
Stiftung Zukunftsfähigkeit	38.000,00	46.500,00
Oak Foundation	0,00	18.300,00
Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung	80.238,40	16.116,86
Friends of the Earth Netherlands	0,00	14.800,00
Forum Umwelt und Entwicklung	278,30	9.300,00
Münchener Rück Stiftung	19.078,46	7.700,00
oekom Research AG	0,00	7.500,00
Church of Sweden	0,00	4.000,00
Heinrich-Böll-Stiftung	6.367,00	3.000,00
Zuschüsse von Schulen (über Geoscopia)	8.700,00	2.950,00
Forum Anders Reisen	0,00	2.361,00
Brot für die Welt	24.600,00	2.000,00
WestLB	0,00	2.000,00
Diakonie Katastrophenhilfe	0,00	2.000,00
IRENE	0,00	1.978,95
Schweisfurth-Stiftung	0,00	800,00
Stiftung Umverteilen	1.000,00	300,00
Ecolo	0,00	145,00
Deutsche Telekom	10.000,00	0,00
JMG Foundation	25.100,00	0,00
Umweltstiftung WWF Deutschland	5.000,00	0,00
	<u>224.591,85</u>	<u>191.238,20</u>
Zuschuss von Behörden	<u>2006</u> €	<u>2007</u> €
Europäische Kommission	4.898,89	277.846,04
Europäische Kommission (über SOMO)	7.089,55	48.758,52
Europäische Kommission (über Practical Action)	0,00	21.235,81
Europäische Kommission (über VENRO)	0,00	10.710,00
Europäische Kommission (über FERN)	0,00	10.223,58
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn	94.145,00	164.990,00
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	50.000,00	120.000,00
Umweltbundesamt (UBA), Berlin	70.750,00	59.952,00
Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz	0,00	32.993,52
InWEnt	30.000,00	29.800,00
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	90.830,44	27.700,00
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (über co2online)	0,00	23.282,35
Landesumweltministerium NRW (MUNLV)	64.807,80	0,00
Freie Hansestadt Bremen	0,00	5.410,48
Umweltbehörde Hamburg (BSU)	0,00	4.000,00
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (über KLJB)	0,00	2.271,19
BMZ (über KLJB)	1.792,91	0,00
Universität Hamburg	184,23	0,00
	<u>414.498,82</u>	<u>839.173,49</u>

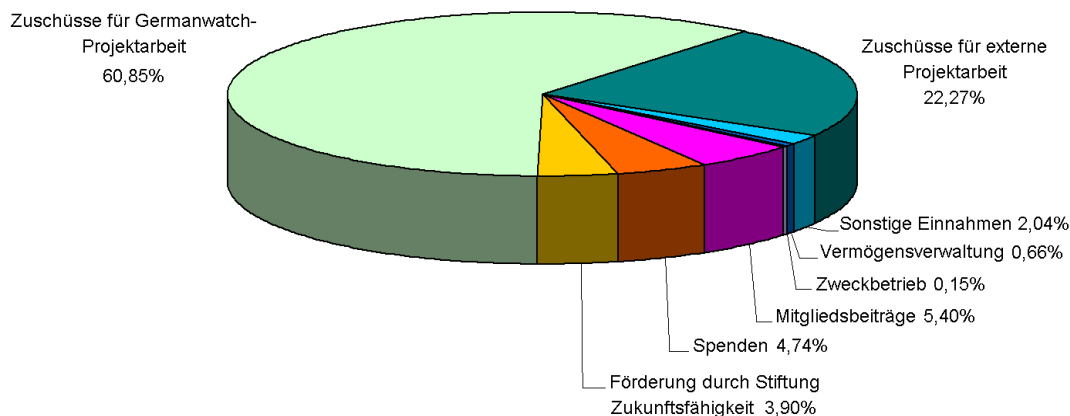


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2007

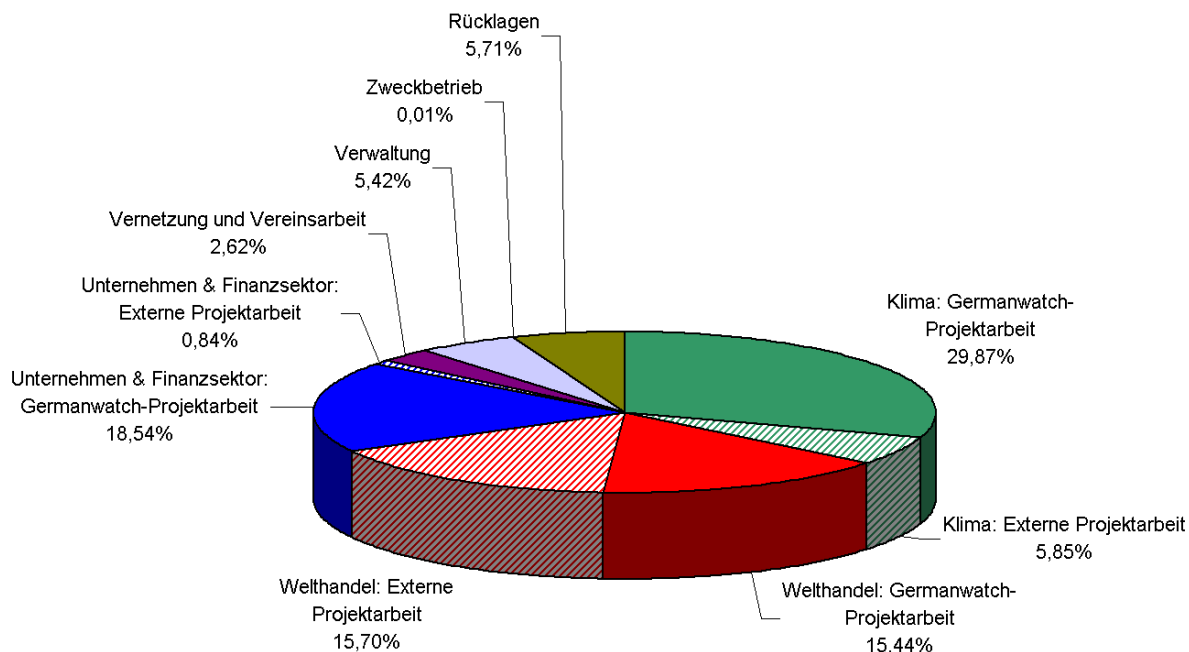


Abb. E.2: Ausgaben im Jahr 2007

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Ausgaben nach Tätigkeitsbereichen, wobei auch hier – wie bei den Einnahmen – die externe Projektarbeit separat ausgewiesen ist. Der mit Abstand größte Bereich der Germanwatch-Projektarbeit entfällt auf den Arbeitsschwerpunkt Klima (29,87% der Ausgaben), gefolgt von den Arbeitsschwerpunkten Unternehmen & Finanzsektor (18,54%) und Welthandel (15,44%). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass wir auf ein möglichst gutes strategisches Zusammenspiel der Arbeitsbereiche achten, was dazu führt, dass beispielsweise im Bereich „Unternehmen & Finanzsektor“ der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel eine wichtige Rolle spielen, insbesondere bei der OECD-Beschwerde gegen den VW-Konzern oder im Projekt „Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor“. Das Thema „Ernährungssicherung“ haben wir in den letzten Monaten in den Arbeitsschwerpunkten Welthandel und Klima intensiv – und oft gemeinsam – bearbeitet.

Das Thema „Entwicklungspolitik“ spielt in allen Arbeitsschwerpunkten eine integrale Rolle, ist aber auch ein eigenständiger Arbeitsbereich mit dem Fokus auf Entwicklungsfinanzierung (siehe Kap.

C.IV), allerdings ohne finanzielle Aufwendungen im Jahr 2007. Dies ist darin begründet, dass uns der federführende Mitarbeiter Ludger Reuke als „Ein-Euro-Mann“ zur Verfügung stand und v.a. Vorrecherchen für die in Kap. C.IV erwähnte Studie zur offiziellen Entwicklungsunterstützung durchführte. Die Fertigstellung und Veröffentlichung der Studie hingegen fällt voll in das Jahr 2008 und damit nicht in den Berichtszeitraum des vorliegenden Finanzberichts.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass in manchen Bereichen Kosteneinsparungen erzielt werden konnten, die Aufwendungen insgesamt jedoch durch die im Vergleich zu 2006 viel zahlreicheren und umfangreicheren Projekte gestiegen sind. Den größten Teil stellen die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen rund 435.000 € dar. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich praktisch ausschließlich auf Informations-, Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit konzentriert. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Dass wir unsere Arbeit auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen konzentrieren, führt folglich zu einer anderen Ausgabenstruktur als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die beispielsweise Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland fördern und deren Budget folglich einen deutlich geringeren Anteil an eigenen Personalkosten aufweist.

Einen besonders auffälligen Sprung gab es bei den Aufwendungen für Mitgliedsbeiträge an andere Organisationen, bei denen Germanwatch Mitglied ist (vgl. Kapitel „Vernetzungen“). Dies liegt an einem „Gründungsbeitrag“ zur Etablierung der Klima-Allianz (vgl. Kap. C+D) in Höhe von 5000,- € der durch eine Einzelspende gedeckt werden konnte und den Germanwatch angesichts seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten in dieser Höhe voraussichtlich nicht dauerhaft leisten können.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2007 weist einen Überschuss von +67.701 € auf und liegt damit erneut im positiven Bereich (2006: +54.547 €). Germanwatch setzt damit den Kurs der finanziellen Konsolidierung weiter fort, nachdem in den Jahren 2004 (-53.641 €) und 2005 (-36.936 €) negative Ergebnisse zu verzeichnen waren. Zur Sicherung der Liquidität mussten damals Darlehen aufgenommen werden, die mittlerweile praktisch vollständig zurückgezahlt sind. Die nun erreichte Konsolidierung ist eine wichtige Grundlage sowohl für unsere inhaltliche Arbeit als auch für das Einwerben zusätzlicher Unterstützung in Form von Projektzuschüssen, Spenden und Mitgliedsbeiträgen, die für die Fortführung der inhaltlichen Arbeit unverzichtbar sind.

Auf der Grundlage der Entwicklung seit Anfang 2008 können wir nicht davon ausgehen, dass ein Jahresergebnis in der Größenordnung von 2007 im laufenden Jahr wiederholt wird, mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis ist jedoch wieder realisierbar.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs.3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Einnahmen-Ausgaben-Rechnung). Das Jahresergebnis für 2007 wurde aufgrund der Festlegung der Mitgliederversammlung vom 22.09.2007 vom Vereidigten Buchprüfer und Steuerberater Herrn Rolf Reinhardt aus Bonn auf der Grundlage der von diesem durchgeführten Buchprüfung ermittelt.

Germanwatch wurde zuletzt durch einen Bescheid vom 24.2.2006 als gemeinnützig im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung anerkannt.

Abkürzungen (zu Tab. E.2)

SOMO: Stichting Onderzoek Multinationale Ondernemingen – Centre for Research on Multinational Corporations

VENRO: Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen

FERN: Forests and the European Union Resource Network

KLJB: Katholische Landjugendbewegung

Tab. E.3: Vermögensrechnung 31.12.2007

<u>AKTIVA</u>	<u>2006</u> €	<u>2007</u> €
A. <u>Sachanlagevermögen</u>		
1. Software	1.471,00	647,00
2. Büroeinrichtung	265,50	233,50
3. Computeranlagen	11.452,00	6.673,00
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.356,00	2.668,50
5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	268,50	193,50
	<hr/> 16.813,00	<hr/> 10.415,50
B. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Wertpapiere	-	-
	<hr/> -	<hr/> -
C. <u>Umlaufvermögen</u>		
1. Flüssige Mittel	152.191,80	194.848,99
2. Geldtransit	1.000,00	-
3. Forderungen aus Vereinsbereichen	-	-
4. Sonstige Forderungen	18.086,84	56.416,33
	<hr/> 171.278,64	<hr/> 251.265,32
D. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	-	-
<u>Summe Besitzposten</u>	188.091,64	261.680,82
<u>PASSIVA</u>	<u>2006</u> €	<u>2007</u> €
E. <u>Vereinsvermögen</u>		
a) Rücklagen gem § 58 Nr. 7a AO	1.242,55	3.859,97
b) Rücklagen gem § 58 Nr. 6 AO	97.137,07	162.220,23
	<hr/> 98.379,62	<hr/> 166.080,20
F. <u>Verbindlichkeiten</u>		
1. Girokontoverbindlichkeiten	1,00	1,00
2. Darlehensverbindlichkeiten	38.712,26	18.712,26
3. Durchlaufende Posten	-	-
4. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	13.296,96	59.984,69
5. Sonstige Verbindlichkeiten	6.278,20	16.902,67
6. Währungsdifferenzen	-	-
G. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	<hr/> 31.423,60	<hr/> -
<u>Summe Schuldposten</u>	188.091,64	261.680,82
<u>Vermögen des Vereins</u>		
Abstimmung 2007:		
Vermögen des Vereins 2006		98.379,62
Jahresüberschuss 2007		<hr/> 67.700,58
Vermögen des Vereins		<hr/> <hr/> 166.080,20

F Ausblick auf 2009

Bei den Planungen in unseren vier Arbeitsfeldern und innerhalb der Netzwerke und Kooperationen werden wir uns im Jahre 2009 – das mit dem Kopenhagen-Gipfel im Dezember voraussichtlich seinen Höhepunkt finden wird – in besonderer Weise um die Klimaverhandlungen zu bemühen haben. Dies in Kohärenz und guter Abstimmung mit den Welthandels- und -ernährungsdebatten. Unsere neuen vorgesehenen Projektmaßnahmen befassen sich auch gerade mit einer sinnvollen Verbindung dieser Fragen. Dies, weil sie inhaltlich in der Tat zusammengehören, aber auch wegen der notwendigen zu nutzenden Synergien angesichts unserer knappen Kapazitäten.

Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir mit einem sehr gut aufgestellten Team in einer guten Balance von Zuschuss- und Projektgeldern und Eigenmitteln (aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Mitteln der Stiftung Zukunftsfähigkeit) einen konstruktiven Weg finden werden, noch mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Sichtbarkeit, aber auch finanzielle Absicherung und Zukunftssicherung zu finden.

Wir würden uns freuen, wenn viele unserer treuen Unterstützerinnen und Unterstützer, aber auch neue Freundinnen und Freunde uns dabei helfen, unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können.

Unser Leitbild

Hinsehen, analysieren, einmischen

- für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen

Wir engagieren uns für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir engagieren uns für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

Wir sind eine unabhängige Entwicklungs- und Umweltorganisation, die sich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung einsetzt. Zukunftsfähig heißt für uns sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für faire Handelsbeziehungen, für einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt, für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels stark machen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen.

Wir beobachten in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene die für unsere Ziele relevanten Akteure aus Politik und Wirtschaft. Auf der Grundlage wissenschaftsbasierter Analysen informieren wir die Öffentlichkeit, leisten Bildungs- und Lobbyarbeit und zeigen den Verbraucherinnen und Verbrauchern Wege auf, wie sie unseren Zielen entsprechend handeln können. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, arbeiten wir auch mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen zusammen. Für unser Verhältnis zu Unternehmen gilt die Maxime: Kooperation wo möglich, Konfrontation wo nötig – je nachdem, wie Nachhaltigkeitskriterien am wirkungsvollsten durchgesetzt werden können.

Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden ist der Ausgangspunkt unserer Arbeit.

Politik und Weltmarktstrukturen sowie der inzwischen immer häufiger kopierte ressourcenintensive Wirtschaftsstil des Nordens beeinflussen das Leben der Menschen weltweit. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die gerade auch den Menschen im Süden eine Zukunft geben, die durch die ungezügelter Globalisierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder durch den Verlust ihrer ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen in ihrer Existenz bedroht werden.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern sowie mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir sind ein hoch motiviertes Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen mit langjähriger Erfahrung und Expertise im Entwicklungs- und Umweltbereich. Mit Kreativität und strategischem Weitblick wollen wir unseren Zielen kontinuierlich näher kommen.

Damit wir unsere Unabhängigkeit sichern können, sind wir auf die Spenden und Beiträge unserer Mitglieder und Förderer sowie auf Zustiftungen zu unserer Stiftung Zukunftsfähigkeit angewiesen. Wir freuen uns über jede finanzielle und ideelle Unterstützung von Menschen, die unsere Überzeugungen teilen.